

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der eingeschriebenen Hilfskassen der Metallarbeiter Nr. 29 und 89 zu Hamburg und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 \mathcal{M} , in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 6. August 1892.

Inserate die viergespaltene Beitzelle oder deren Raum 20 \mathcal{M} . Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weizenstraße 12.

Der Münchener Polizeipräsident

Herr v. Welfer hat wieder einmal gesprochen, er hat unterm 19. Juli die allgemeine Verwaltungsstelle München des Deutschen Metallarbeiterverbandes durch folgenden Ukas für politisch erklärt:

Der Verein „Deutscher Metallarbeiter-Verband, örtliche Verwaltungsstelle München“, hat wiederholt das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten betreten und politische Zwecke in den Bereich seiner Verhandlungen gezogen.

Schon die Auslassungen eines Redners in der Vereinsversammlung vom 12. Dezember 1891, Behrer, über die Bedeutung der „Organisation“ haben das Bestreben erkennen lassen, mittels der Organisation Einfluß auf das öffentliche Leben zu gewinnen und damit fraglicher Rede einen politischen Charakter beigemengt, dann ist die Erörterung der Herstellung einer Statistik über die Verhältnisse der Arbeiter, mit welcher Aufgabe die Vereinsversammlung vom 12. März 1892 befaßt war, nach dem Umfange, welcher für diese Statistik empfohlen wurde und welche neben den wirtschaftlichen Verhältnissen der Arbeiter zugleich eine Kontrolle der Arbeitslokalitäten, der Schutzvorrichtungen, der Unfallverhütungsmassnahmen umfaßte und als Mittel zur Hebung der „Organisation“ dienen sollte, in das Gebiet der öffentlichen Angelegenheiten zu rechnen, insbesondere aber wurden in der Versammlung vom 9. Juli 1892 die gesetzlichen Bestimmungen über den Schutz der jugendlichen Arbeiter, über die Zuständigkeit der Gemeindegewerkschaften zur Beurteilung von Fabrikarbeitsordnungen und über die Fabrikinspektoren theils von dem Redner Glaswinckler, theils von Krämmer, und zwar von letzterem trotz vorheriger ausdrücklicher Einsprache seitens des Vereinsvorstandes einer Kritik unterworfen und so auch hier öffentliche Angelegenheiten im Verein erörtert.

Demzufolge unterliegt die „örtliche Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes“ gemäß Art. 13 des bayer. Gesetzes vom 26. Februar 1850 „die Versammlungen und Vereine betr.“ den Bestimmungen über politische Vereine. Diefelbe wird daher hieburch aufgefordert, unverzüglich die für sie geltenden Statuten nach Maßgabe der Anforderungen des oben erwähnten Gesetzes abzuändern (insbesondere in der Fassung des § 3 diesen Statuten der Bestimmung des Art. 15 des Gesetzes Rechnung zu tragen) und überhaupt Alles zu thun oder zu unterlassen, was das Gesetz von politischen Vereinen verlangt, bezw. solchen verbietet. Andernfalls hätte der Verein Einschreitung nach Art. 19 a. a. D. zu gewärtigen.

Der Herr Polizeipräsident macht also mit einem Federstrich das Koalitionsrecht der Arbeiter, das in § 152 der W.-D. gewährleistet ist, illusorisch. Der in dem

Ukas angezogene § 13 des bayer. Verfassungsgesetzes lautet:

„Sobald ein nichtpolitischer Verein zugleich politische Zwecke zu verfolgen oder in den Bereich seiner Verhandlungen zu ziehen beginnt, unterliegt er allen Anordnungen und Strafbestimmungen über politische Vereine.“

Wir bestreiten nun, daß die von dem Polizeipräsidenten beanstandeten Punkte unter die Rubrik „öffentliche Angelegenheiten“ im Sinne des bayerischen Verfassungsgesetzes zu bringen sind, denn „öffentliche Angelegenheiten“ sind darnach gleichbedeutend mit politischen Angelegenheiten. Politische Angelegenheiten sind aber nur dann in Frage, wenn dabei die Organe und die Thätigkeit des Staates in Anspruch genommen werden, wenn auf dem Wege der Gesetzgebung oder mit Aenderung der Staatsverfassung die aufgestellten Ziele erreicht werden sollen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband verfolgt aber diesen Zweck nicht, insbesondere hat die örtliche Verwaltungsstelle München keine Thätigkeit solcher Art entfaltet. Der Polizeiuksas führt sich hierin selbst ad absurdum. Hat die örtliche Verwaltung München vielleicht den Herrn Polizeipräsidenten zur Mithilfe an der projektirten Statistik angegangen? Oder die Gesetzgebung? Ist eine solche Statistik nicht eine Thätigkeit, die durch § 152 gedeckt wird? Der Herr Polizeipräsident stößt sich an „dem Umfange“, in welchem die Statistik aufgenommen werden sollte. Freilich, es hätte sich dabei ja herausstellen können, daß die Kontrolle der Arbeitslokalitäten zc. zc. sehr mangelhaft ist, daß die dazu berufenen Organe, die Polizei und die Fabrikinspektoren, hierin Vieles zu wünschen übrig lassen.

Herr v. Welfer hat selbst eingesehen, daß die böse Statistik nicht als Grund ausreicht, um einen Verein für politisch zu erklären, und deshalb greift er in seinen Altkentz und findet darin glücklich einige Verichte seiner „Abgeordneten“ über Aeußerungen einzelner Redner in den Verbandsversammlungen. Welch ein Glück, daß einige Redner dem Herrn Präsidenten nicht genehme Bemerkungen machten. Selbst wenn die betreffenden Aeußerungen unter das Rubrum „öffentliche Angelegenheiten“ zu bringen wären, — was wir entschieden bestreiten, es sind lediglich gewerbliche Angelegenheiten, welche die Redner berührten — so folgt daraus keineswegs, daß die Tendenz des Verbandes — und nur diese ist entscheidend — dahingeht, öffentliche (politische) Angelegenheiten zu kultivieren. Aliein es ist ja eine alte Polizeipraktik, aus einer gelegentlichen Aeußerung eines Einzelnen sofort einen Strick zu drehen und den Verein selbst zu erdroffeln. Und das Schlimmste an der Sache ist, daß der Herr Präsident es gleichsam als erschwerend hinstellt — denn sonst könnten wir gar nicht einsehen, welchen Zweck es haben sollte, dies anzuführen —, daß ein Redner „trotz vorheriger ausdrücklicher Einsprache des Vereinsvorstandes“ eine

Kritik übte. Damit ist aber doch bewiesen, daß der Vorstand es von vorn herein verhindern wollte, daß öffentliche Angelegenheiten erörtert werden. Wenn also etwas dafür spricht, daß die Verwaltungsstelle München des Metallarbeiterverbandes nicht die Tendenz verfolgt, politische Angelegenheiten zu erörtern, so ist es dieses Einschreiten des Vorstehenden. Aber so ist es: Der Jude wird einfach verbrannt — in skrupelloser Weise.

Der Herr Polizeipräsident aber wird die Erfahrung machen, daß das Rad der Weltgeschichte trotz seines Ukases seinen vorgeschriebenen Weg zurücklegt.

Aus England.

Die vor einigen Wochen abgegebenen Aussagen des Vertreters der Vereinigten Gewerkschaft der englischen Maschinenbauer vor der königlichen Kommission zur Untersuchung der Arbeiterverhältnisse sind in mehrfacher Hinsicht von Interesse. Die berühmteste der älteren englischen Gewerkschaften zählt zur Zeit rund 70,000 Mitglieder, von denen 80 Prozent auf England und Wales entfallen, während in die weiteren 20 Prozent sich Schottland, Irland, Kanada und die Vereinigten Staaten theilen. Das Komitee der Gewerkschaft hat auf Grund von Fragebogen, die es an die einzelnen Distriktssektionen versandte, und die sich auf die Fragen der Ueberzeitarbeit, der Stückarbeit, der Löhne, der Arbeitsstunden, der Wohnungsverhältnisse und der sanitären Beschaffenheit der Werkstätten bezogen, einen ausführlichen Bericht zusammengestellt, dessen Gesamtergebnis wie folgt lautet:

Im Ganzen haben Antworten eingesendet 125 Distrikte, die zusammen 55,281 Mitglieder repräsentieren. 124 Distrikte mit 54,509 Mitgliedern bezeichnen die Ueberzeitarbeit als ein Uebel, das die Arbeiter in ihrer Gesamtheit schädige, und befürworten ihre mögliche Abschaffung. In 59 Distrikten mit 8745 Mitgliedern wurde wenig oder gar keine Ueberzeit gearbeitet, während in 61 Distrikten mit 39,630 Mitgliedern systematisch Ueberzeit gearbeitet wurde. In 33 dieser Distrikte belief sich die im letzten Jahre geleistete Ueberzeitarbeit auf 18,7 Prozent des regulären Tagewerks, so daß, bei sonst gleichen Produktionsbedingungen, ohne Ueberzeitarbeit rund 4000 Arbeiter mehr Beschäftigung gefunden hätten. In 5 Distrikten war die Ueberzeitarbeit auf ein Maximum von 18 Stunden im Monat beschränkt, während der Distrikt von Swindon — wo sich die großen Eisenbahnwerkstätten der Great-Western Eisenbahngesellschaft befinden — die Ueberzeitarbeit als kein Uebel noch Schaden für die dortigen Arbeiter erklärte, da „sie nicht systematisch Ueberzeit arbeiteten.“ (!)

Was die Stückarbeit betrifft, so war dieselbe in 49 Distrikten ganz ausgeschlossen, herrschte dagegen in 76 Distrikten theils mehr, theils weniger vor.

128 Distrikte, die 95,2 Proz. sämtlicher Mitglieder der Gewerkschaft vertreten, erklären die Stückarbeit für vererblich; sie führe zu Schwindelarbeit, zum Verheimlichen von Fehlern in theilweise fertiggestellten Arbeiten, es werde bei ihr aus dem Arbeiter das höchste Arbeitsquantum für den geringsten möglichen Lohn herausgeschunden, und sie sei die Ursache von allerhand Meibereien und Eifersüchteleien unter den Arbeitern. Ihre Beseitigung würde bessere Arbeiten, sowie bessere Löhne und regelmäßige Beschäftigung für die Arbeiter zur Folge haben. Nur ein Distrikt machte eine Ausnahme und erklärte die Stückarbeit für nicht schädlich; es ist dies der schon erwähnte Distrikt Swindon. Der Distrikt von Oldham, der zu denen gehört, welche die Stückarbeit für vererblich erklärten, konnte die Befürchtung nicht unterdrücken, daß die Bekämpfung derselben am Orte die Wirkung haben werde, die Arbeitsgelegenheit solchen Orten zuzuwenden, wo die Stückarbeit im Schwunge sei. (!)

Die Löhne der Mitglieder der Gewerkschaft betragen im Durchschnitt nominell 33 Shilling 4 Pence die Woche, das heißt so hoch belief sich die ausgezahlte Lohnrate, nach Abzug der durchschnittlichen Arbeitslosigkeit und Arbeitsunfähigkeit (in Folge von Krankheit zc.) pro Mitglied. Dagegen kam auf den Mann nur ein Lohninkommen von 29 Shilling 2 Pence pro Woche; dies bezieht sich indeß nur auf diejenigen Arbeiter, die nicht auf Stück oder Akkord arbeiteten.

Die Löhne der nicht der Gewerkschaft angehörenden Kollegen betragen, soweit dies ermittelt werden konnte, im Durchschnitt 2 Shilling weniger die Woche als die der Gewerkschaftsmitglieder.

Die normale Arbeitszeit betrug in 100 Distrikten, die 61,5 Prozent der Mitglieder vertraten, 54 Stunden, in 25 Distrikten, die 38,4 Proz. der Mitglieder vertraten, 53 Stunden pro Woche. (Dazu kommt indeß noch die geleistete Ueberzeitarbeit, worüber oben Näheres.)

Die Ausgaben für Wohnungsmiethe betragen bei 55,281 Mitgliedern im Durchschnitt 5 Shilling 9/4 Pence pro Woche.

Was schließlich die sanitäre Beschaffenheit der Fabriken und Werkstätten anbelangt, so erklärten 50 Distrikte mit 8951 Mitgliedern dieselbe für im Allgemeinen befriedigend, 75 Distrikte mit 83,8 Prozent der Mitglieder — also gerade die größten Distrikte — erklärten dagegen: „die sanitären Einrichtungen sind schlecht und strenge Inspektion ist dringend bedürftig.“

Der Vertreter der Gewerkschaft, J. W. Whittaker von Manchester, der diesen Bericht verlas, erklärte dann noch persönlich unter Anderem auf Anfrage eines der Kommissionsmitglieder, daß, was die Achtstundentage anbelangt, er zwar die eigene Kraft der Gewerkschaft vorziehen würde, daß aber die Einmischung der

Gesetzgebung doch wohl notwendig werden würde.

Die meisten der obigen Angaben kommentieren sich selbst. Bemerkenswert sei nur noch, daß wir es hier mit den „Kritikern der Arbeit“, den so ziemlich bestgestellten der englischen Arbeiter zu thun haben. Insofern ist das Mißtrauen in die eigene Kraft der Gewerkschaft, das sich am klassischsten in der Aussage der Oldhamer Sektion in Bezug auf die Frage der Stückarbeit äußert, eine sehr bedeutende Erscheinung. Die Einstimmigkeit in Bezug auf die korruptierende Wirkung der Stückarbeit ist zwar an sich nicht überraschend, aber von Seiten einer im praktischen Kampf so erfahrenen Organisation ebenfalls höchst bemerkenswert.

Homestead.

Unter dem charakteristischen Titel: „Der Anfang zum Zukunftsstaat“ bringt die „Eisenzeitung“ einen Bericht über die unsern Lesern wohl zum Theil schon bekannten Vorgänge in Homestead; in diesen Bericht streut sie einige Bemerkungen ein, wie sie eben nur die „Eisenzeitung“ machen kann. Schon der Titel läßt erkennen, wie kraus es im Gehirne des Verfassers auszieht, denn nicht um den Anfang zum Zukunftsstaat handelt es sich in Homestead, sondern um eine Frage der Gegenwart.

Um was handelt es sich? Ein Eisenindustrieller in Pittsburg (Amerika) beschäftigt 40,000 Arbeiter und wollte einer Anzahl derselben den Lohn kürzen und sie zwingen, aus dem Gewerksverein auszutreten, was die Arbeiter veranlaßte, die Arbeit einzustellen. Herr Carnegie, der Besitzer der Eisenwerke, hatte nun nichts Besseres zu thun, als die Pinkertons, eine Privat-Polizistenbande, die sich größtentheils aus dem Abgange des Brecherthums rekrutirt, angeblich zu seinem „Schutze“ kommen zu lassen, in Wahrheit aber, um die streikenden Arbeiter niederknüppeln zu lassen. Die Polizeistrolche zogen aber den Kürzeren, sie wurden durchgeprügelt, zehn blieben todt auf dem Platze. Damit die „Eisenzeitung“ uns nicht beschuldigt, wir färben tendenziös, geben wir ihr selbst das Wort und streuen nur einige Bemerkungen ein:

„Aus Amerika kommen recht interessante Nachrichten: Die neuesten Vorgänge haben unter den Arbeitern eine Strömung entstehen lassen, die auf militärische Schulung und bewaffneten Wider-

stand gegen die Pinkertonsleute hingiebt. In Chicago und Boston wollen einzelne Gewerksvereine ihre Mitglieder in Kompagnien einteilen, im Gebrauch der Waffen ausbilden und so bei etwaigen Umständen den Privat-Polizisten entgegenzutreten. Wird diese Absicht durchgeführt, so ist im Grunde genommen der soziale Kampf schon auf die Straße verlegt.“

„Für diejenigen unserer Leser, welche die ganze Tragweite dieser Notiz etwa unterschätzen, möge zur Erläuterung Folgendes dienen. Andrew Carnegie, ein Schotte, der in frühesten Jugend als armer Arbeiter nach Amerika ausgewandert ist, hat sich daselbst ein ungeheures Vermögen erworben und ist heute der größte Montan-Industrielle der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Seine ausgedehnten Eisenwerke in Pittsburg beschäftigen Zehntausende von Arbeitern. Kurze Zeit nach dem Inkrafttreten der Mac Kuley-Tariffbill „amalgamirte“ er eine Anzahl von Stahlwerken, wie die Alleghany-Bessemer Steel Works, The Keystone Bridge Company, The Upper Union Mills etc., mit seinem Eisen- und Stahlwerke in Pittsburg, und diese Stahl-Kombination, genannt „The Carnegie Steel-Kompany“ gilt heute für die größte und mächtigste Stahlgesellschaft der Welt. Sie besitzt ein Aktienkapital von 25,000,000 Dollars und beschäftigt über 40,000 Arbeiter, sie erzeugt und verarbeitet ungefähr viermal so viel Eisen und Stahl wie Krupp. Monatlich werden 200,000 Doll. Löhne ausbezahlt. Nachdem er auf diese Weise sein Haus in Ordnung gesetzt (wie: sein Schäfchen im Trocknen hatte), ging Herr Carnegie nach seiner Heimath, nach Schottland, zurück, um daselbst als Privatmann zu leben. Hier gründete er und subventionirte er mehrere demokratische Blätter und demokratische Klubs, hier predigte er ein neues „Evangelium der Reichen“ über die beste Verwendung erworbenen Reichthümers; auch hielt er in Arbeiterversammlungen zahlreiche Vorträge u. s. w. (Also ein wahres Muster von „Arbeitgeber“.)

„In dem ursprünglichen Carnegie'schen Werke, ca. 10 Kilometer von Pittsburg, hatte der Gründer auch eine „Heimstätte“ für die Arbeiter geschaffen. In Homestead wohnten ca. 4000 Arbeiter, welche recht hohe Löhne bezogen. Der gewöhnlichste Handlanger, wie z. B. Aischenschäufler, bekam anderthalb Dollars im Tage. „Stilled labour“, geschulte

Verbreitung während des 16. Jahrhunderts den gewaltigen Aufschwung der englischen Eisenindustrie. Hauptächlich veranlaßt ward das mächtige Emporblühen derselben durch die Einwanderung von Eisenarbeitern in den ersten Jahrzehnten des 17. Jahrhunderts aus den spanischen Niederlanden und dem deutschen Reich, wo die furchtbaren Verheerungen der niederländischen Freiheitskriege (1566—1648) und des dreißigjährigen Krieges (1618 bis 1648) die Industrie vernichtet und die Arbeiter vertrieben hatten.

Indeß wurde der Aufschwung der englischen Eisenindustrie andererseits wieder aufgehalten durch die hohen Holzpreise und den bereits sich damals geltend machenden Mangel dieses vorerst einzigen Heizmaterials, welches bei Gewinnung und Verarbeitung des Eisens zur Anwendung gelangte.

Die Steinkohlen, die in England schon im 9. Jahrhundert urkundlich als Brennmaterial erwähnt werden, fanden erst um 1740 in der Eisenindustrie Verwendung, und dieses in ergiebigerem Maße zur Verfügung stehende Feuerungsmaterial ergab größere Produktionsmengen auch erst mit Hilfe des um 1760 zur Einführung gelangenden Zylindergebläses, jener noch heute gebräuchlichsten Vorrich-

Arbeit, zu der Fachkenntnisse und Erfahrung gehören, verdiente im Tage von 2 1/2 bis 15 Dollars. Von den 4000 waren es freilich bloß 325, die solche bessere Löhne bezogen; die meisten dieser 325 standen sich auf 6—10 Dollars täglich. Die Leute verdienten ein schönes Geld und befanden sich wohl, wie man sieht. Homestead war ein Dienstoff. Da hieß es, der Lohn müßte herabgesetzt werden. Der Stahl sei im Preise gesunken, darum müßten die Löhne herunter, 10—12 Prozent in allen, in vielen Fällen bis 40 Prozent. Das wollten sich die Arbeiter nicht bieten lassen. (Mit anderen Worten: Sie wollten auch fernerhin ein „Dienstoff voll glücklicher kleiner Arbeiter-Familien“ sein und den „Drohnen“ nicht allen Honig zum Verspeisen überlassen.) Auch erklärten sie, sie würden nicht gestatten, daß andere Arbeiter, die nicht zu Gewerkschaftverbänden gehören, die Arbeit für billigeres Geld thäten. Die Arbeiter in Homestead gehören sämtlich zu der „Amalgamated Steel and Iron Workers Association“. Sie wollten nicht, daß „rats“ ihre Arbeit bekämen. Herr Carnegie war aber der Meinung, daß man nicht mit Verlust arbeiten könne und bestand fest auf der Lohnherabsetzung, denn es handelte sich auch hier wiederum um die Frage: Darf der Besitzer beschäftigen, wen er will, oder muß er sich dem Zwange der Gewerkschaften fügen.

„Bei uns werden solche Meinungsverschiedenheiten meist nur akademisch erörtert. In Amerika wandte man sich (dieses „man sich“ ist klassisch; es wandte „sich“ doch nur Carnegie an die gewaltsame Lösung) sofort an die gewaltsame Lösung. (Ein zarter Wink mit dem Jaunpfahl, daß die deutschen Unternehmer es dem amerikanischen Prozen gleich thun sollten!) Die Vorbereitungen waren drastisch. (Wie zart. Einfach niederträchtig!) Man umgab die Hüttenwerke mit einem über drei englische Meilen langen Bretterzaun, 12 Fuß hoch; vier über ihn hinlaufende Stachelbrüste standen mit starken Dynamo-Maschinen in Verbindung: wer also die Stacheln nicht scheute, der mußte eines furchtbaren elektrischen Schlags gewärtig sein. Von 25 zu 25 Fuß waren Schießscharten. Innen an dem Zaun liefen zwei Wasserrohre, eine mit kaltem, die andere mit heißem Wasser. Nach Bedarf konnte an jeder solchen Schießscharte ein zwei Zoll im Durchmesser haltender Schlauch angeschraubt werden, und An-

tung zur Hervorbringung eines Stromes gepreßter Luft.

Die produzierten Eisemengen waren allerdings nach modernen Begriffen noch keineswegs bedeutend, indem im Jahre 1740 nur 7000 Tonnen, 1750 10,000, 1760 15,000, 1770 20,000 Tonnen in England hergestellt wurden.

In Staffordshire*) bestanden 1768 erst 9 Steinkohlenhöfen, indeß im übrigen England 24 Holzkohlenhöfen neben 44 Steinkohlenhöfen zu finden waren. Die Holzkohlenhöfen produzierten übrigens zu jener Zeit noch am meisten, nämlich je einer etwa 15 Tonnen pro Woche. In den beiden folgenden Jahrzehnten steigerte sich die Produktion erheblich. 1780 wurden 40,000 und 1790 sogar 63,000 Tonnen erzeugt.

Auch in Frankreich entwickelte sich die hier gleichfalls seit alter Zeit eingebürgerte Eisenindustrie im 17. und 18. Jahrhundert in erstaunlichem Grade. Im Jahre des Ausbruchs der großen französischen Revolution — 1789 — produzierten 230 Höfen, mit Einschluß des Guldproheisens, 69 Millionen Kilogramm, also eine größere Menge als England.

*) Seit Alters industriereiche Grafschaft im westlichen Theile des mittleren England.

greifer, die sich der Festung nahen, konnten mit gewaltigen Strahlen kalten oder heißen Wassers begossen werden.

„Innerhalb des Zaunes wurde ein Aussichtsturm errichtet, und von diesem Turme aus konnte die Umgebung der Stahlwerke im Umkreise einer englischen Meile durch ein mächtiges elektrisches Suchlicht (fearsh light) taghell erleuchtet werden. Noch nicht genug; an verschiedenen Punkten der Stahlwerke wurden andere Suchlichter angebracht, die mit photographischen Kammeru in Verbindung standen. Eine sehr „smarte“ Erfindung. (Also schnell nachgeahmt, deutsche Kapitalisten!) Griff der Pöbel des Nachts die Werke an, so wurde er beleuchtet und dann photographirt. So konnte man vor Gericht beweisen, ist Tom, Dick und Harry „mit dabeigewesen“.

„Da man die Vertheidigung dieser Festung nicht den eigenen Leuten, gegen die sie doch gerichtet war, anvertrauen konnte, so wurden von der Pinkertons-Agentur 350 Privatpolizisten — eine Art Landesknechte mit Winchester Repetirgewehren — angeworben.

„Als die Nachricht sich verbreitete, daß die Pinkertonsleute in zwei Barken von einem Dampfer geschleppt, den Fluß herabkamen, lief sofort ganz Homestead zusammen. Jetzt versuchten die Leute zu landen. Es dauerte nicht lange, so krachte ein Schuß. Welche Partei zuerst geschossen, ist nicht erwiesen. Es scheint aber (nein, verehrteste „Eisenzeitung“, es ist gewiß!), daß ein Pinkerton das Feuer eröffnet hat. Der Kampf, der um über 13 Stunden dauern sollte, hatte alle Schrecken eines echten Revolutionskampfes. Durch den verzweifeltsten Widerstand schlimm überrascht (sie selbst wollten die Arbeiter „überraschen“), zogen sich die Pinkertons auf ihre Barken zurück und bargen ihre Todten und Verwundeten, um dann wieder mit der blinden Wuth gereizter Söldner die Landung zu versuchen. Jedes Mittel war den wüthenden Arbeitern willkommen, die verruchten Pinkertons zu vernichten. Sie schlepten zwei alte Kanonen herbei und beschossen die Boote, sie suchten den Fluß um die Barken herum durch Petroleum, das sie ins Wasser gossen und dann entzündeten, in eine Höhle zu verwandeln, was ihnen nicht recht gelingen wollte; sie schickten endlich nach Pittsburg, um von dort Dynamitpatronen holen zu lassen, die hier — angeblich zum Zwecke von Sprengungen — jeder kaufen kann, und so wurden die Söldlinge schließlich so furchtbar

Aber die Revolutionswirren und die überhandnehmende Waldverwüstung mit der in ihrem Gefolge auftretenden Holzvertheuerung, sowie die Lässigkeit in der Einführung aufkommender Betriebsverbesserungen hielt die französische Eisenindustrie in der Entwicklung weit hinter der englischen zurück.

Noch bedeutender war die Eisenindustrie in den österreichischen Alpenländern, welche schon zur Zeit der Römerherrschaft geblüht hat. Die Stürme der Völkerwanderung scheinen sie jedoch auf Jahrhunderte hinaus verflücht zu haben. Im 8. Jahrhundert waren wiederum in den Alpenländern Eisenwerke errichtet worden, von denen aus sich die Kenntniß des Bergwerks- und Hüttenbetriebs nach Böhmen, Mähren und Schlesien verbreitet hat.

Die ununterbrochenen Kriegs- und Religionskämpfe vom Ausgange des Mittelalters an störten jedoch den Handel und beschränkten mehr und mehr den Absatz.

So verminderte das Vordringen der Türken nach Europa, dann die Hussitenkriege, die Vertreibungen der Protestanten, der dreißigjährige Krieg, die unaufhörlichen Türkenfälle, die endlose Reihe der Kriege im 17. und 18. Jahrhundert

Zur Geschichte des Eisens und der Eisenindustrie.

II.

(Die Neuzeit bis zum Jahre 1860.)

Die Fortschritte, welche die Eisenindustrie Ausgangs des Mittelalters und im ersten Jahrhundert der neueren Zeit gemacht hatte, verbreiteten sich nur langsam über die europäischen Länder.

Der um's Jahr 1400 bereits in Flandern zur Übung gelangte Eisenguß ward etwa 100 Jahre danach in England und erst volle anderthalb Jahrhunderte später auch in Sachsen betrieben, obgleich schon Mitte des 15. Jahrhunderts Eisengußwaaren bis in's Herz von Deutschland hinein Verbreitung fanden, wie der aus dem Jahre 1450 stammende, heute noch vorhandene eiserne Ofen auf der Feste Koburg beweist.

Und mit der Errichtung von Hochöfen, welche schon im Anfange des 15. Jahrhunderts bekannt waren, wurde in Sachsen, Brandenburg und dem Harz Anfangs des 17. Jahrhunderts und in Schlesien 1721 begonnen.

In England wurden die Hochöfen in der Mitte des 15. Jahrhunderts eingeführt, und sie unterstützten durch ihre

bedrängt, daß sie sich ergeben mußten. Wegen das Versprechen, ihre Waffen niederzulegen, sicherte man ihnen das Leben zu. (Eine Großmuth, welche die Polizisten gewiß nicht geübt hätten.)

„Das schauerlichste Revolutionsbild entwickelte sich aber erst, als die waffenlosen Männer durch eine von rachebünstigen Männern und Weibern gebildete Gasse nach ihrem vorläufigen Bestimmungsorte abgeführt wurden, wo man sie so lange zu halten gedachte, bis sie ins Gefängniß gebracht und in aller Form (mit Recht!) des Mordes angeklagt würden. Da wurden wieder einmal „Weiber zu Hühnern“. „Verbannt sie!“ riefen die Hühner, und ein Weib kam mit einer Petroleumkanne daher und wollte um jeden Preis einen Pinkerton mit Oel tränken und anzünden. Mit Mühe entriß man ihr ihr Opfer, sowie man auch einen anderen Teufel mit Oel rettete, den eine Furie niederwarf und buchstäblich zu zertreten suchte. Eine andere stach mit ihrem Messerschirm einem Pinkerton die Augen aus. Die Zahl der Todten und Verwundeten ist noch nicht genau bekannt. Von den Pinkertons entkamen nur die wenigsten unverletzt.

„Die Arbeiter verstärkten sich unterdessen und hatten bald 5000 Mann unter Waffen, die mit Repetirgewehren bewaffnet waren, daß ihnen die und die Lohnhöhe von Rechts wegen zukomme und zu dem Zweck recht viel Eigenthum zerstörten. Von Staatswegen mußten alsbald 8000 Mann aufgedrungen werden, um die Ruhe wieder herzustellen, nicht jedoch ohne daß vorher eine regelrechte Schlacht geschlagen wurde. Diesmal zogen die Arbeiter den Kürzeren, damit dies aber nicht auch das nächste Mal der Fall sei, will man die Gewerkschaften militärisch organisiren. Es stehen uns also noch recht interessante Geburtswunden des Zukunftsstaates bevor.“

Die Leser werden gefunden haben, in welcher zynischer Weise die „Eisenzeitung“ die Vorkommnisse in Homestead auffaßt; Beweis dafür ist ja dieser Schlußsatz. Ein Drama wie das in Homestead zählt sie zu den „interessanten Geburtswunden“ des Zukunftsstaates. Und doch ist es ein Gefinnungsstumpen der „Eisenztg.“, der es verschuldet hat. Bei aller Naivität der Auffassung befundet die „Eisenztg.“ eine Rohheit sondergleichen. Nun, vom Dickschrauch kann man keine Rosen pflücken. Sie schließt ihren Bericht mit folgenden Mittheilungen, die auch in anderen Zeitungen zu lesen sind:

die Bevölkerung, erhöhte die Abgabenlasten, ruinierte den Volkswohlstand und störte jede gewerbliche Thätigkeit. Die Eisenindustrie der Alpenländer hatte zuerst die Wasserkraft sich dienstbar gemacht, und schon 1439 treten die steirischen Räderwerke in den Urkunden auf und um die Mitte des 15. Jahrhunderts erfolgte in Steiermark bereits der Uebergang zur Roheisenproduktion, welche 1767 allein fast 28 Millionen Pfund erzeugte, also etwa ebensoviel, als die gleichzeitige Roheisenproduktion Englands. Aber die angegebenen Gründe brachten die hoffnungsvolle Industrie der Alpenländer in Verfall und das österröisch-ungarische Volk, dem die ungeheuer lange Noth der Krieges- und Religionswirren die geistige Regsamkeit und Spannkraft geraubt hatte, vermochte die industrielle Leistungsfähigkeit sehr spät und mit vieler Mühe erst wieder zu gewinnen.

In England ward in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ein erneuter Aufschwung der Eisenindustrie durch die zur Anwendung gelangenden Dampfmaschinen nach dem System James Watt's (geb. 1736, gest. 1819) und die Erfindung des Puddelprozesses (1783) herbeigeführt, durch welchen letzteren bei Steinkohlenfeuer in Flammöfen auf vortheil-

„Eine starke Militärmacht liegt noch in Homestead. Auf den Direktor der Werke Herrn Fried ist unterdessen ein Revolvententat verübt worden, wodurch er schwer verwundet wurde. Derselbe hatte vor Kurzem die Mittheilung ergehen lassen, daß die Hütten unter der Bedingung des Rücktritts vom Vereinigten Gewerksverein ihre ehemaligen Arbeiter mit Ausnahme der Anführer des Aufstandes wieder aufnehmen würden. Nachdem der Zeitpunkt, bis zu dem dieses galt, verstrichen ist, werden seit dem 22. Juli Arbeiter von Auswärts angezogen. Damit ist die letzte Aussicht auf eine gütliche Lösung geschwunden. Der Direktor Fried hatte seinen festen Entschluß angekündigt, niemals wieder einen Gewerksvereiner anzustellen oder etwas mit einem Gewerksverein zu thun zu haben. Die Leiter des Vereins der Eisen- und Stahlarbeiter sehen andererseits ein, daß es sich um Leben und Tod für ihre Genossenschaft handelt, die bisher für die stärkste der Vereinigten Staaten gegolten hat. Sie bieten daher alles auf, den Zugang von Arbeitern nach Homestead zu verhindern. Sie würden auch vor Gewaltthaten nicht zurückschrecken, wenn nicht die Miliz noch in Homestead läge. Das Befinden Fried's ist, nachdem es gelungen ist, die Kugel aus der Wunde zu entfernen, befriedigend.“

Wir werden vielleicht in nächster Nummer im Stande sein, auf Grund der amerikanischen Arbeiterzeitungen Weiteres zu berichten.

Guter Rath ist theuer,

besonders in Zeiten der Bekrängniß. Die bürgerliche Gesellschaft, die sich durch das energische und erfolgreiche Vorgehen der Bergarbeiterbewegung in arge Schwelligkeiten versetzt sieht, ist aber niemals verlegen darum. Immerhin sind die Recepte, welche dabei zur Geltung kommen sollten, doch höchst eigenartig. So ist in Essen allerdings etwas verspätet, ein Bergmannskalender auf das Jahr 1892 erschienen, der thatsächlich so kostbar ist, daß wir unsern Lesern einen Theil desselben mittheilen wollen.

„Viele Leute, namentlich unter dem Arbeiterstande, sind unzufrieden mit ihrem Loos und ihrer Lage und wähen sich recht unglücklich, weil sie Konzerte und Bälle nicht besuchen, in Kutschen und Equipagen nicht umherfahren können und überhaupt auf das, was man sonst in der Welt Vergnügungen nennt, verzichten müssen. O diese Thoren! In den Kutschwagen wird dießmal das größte Kreuz, das schwerste Leid umhergeführt und auf Konzerten und Bällen wird unter der äußeren Maske häufig so unendlich viel Glend, Eifersucht und Mißgunst verborgen gehalten, von welchen in den meisten Fällen Niemand etwas weiß, als nur der Betheiligte selbst. Und ein solches heimliches Kreuz drückt am

hastere Weise als bisher durch die Herdfrischer*) Rohheiten in Schmiedeeisen verwandelt wurde.

Infolge dessen hatte sich die Zahl der Hochöfen im Jahre 1788 auf 85 und im Jahre 1796 auf 121 vermehrt, wobei die Produktion bis 1796 auf 125,000 Tonnen gestiegen war. Im Jahre 1800 hatte sich die Eisenproduktion des Ferneren auf 158,000 Tonnen gehoben, 1810 auf 305,000, 1820 auf 400,000 und 1830 auf 700,000 Tonnen. Nun gewährten aber die seit 1829 auf englischem Boden durch Stephenson's Erfindung Auerkennung und Verbreitung gewinnenden Lokomotiven der Roheisenenergung wieder einen mächtigen Antrieb, so daß 1840 schon 1,396,000 Tonnen produziert wurden. Und als sich in den vierziger und fünfziger Jahren der Eisenbahnbau auch über die außerenglischen Kulturländer Europas und Amerikas ausdehnte und damit der Bedarf nach Maschinen sehr erheblich anstchwoll, war bis 1850 die Roheisenherstellung auf 2,250,000 und bis 1860 auf 3,827,000 Tonnen gestiegen.

Das Frischen ist derjenige Hüttenprozeß, durch den dem Roheisen der Kohlenstoff durch Verbrennung desselben entzogen und so aus Roheisen Stab- oder Schmelzeisen gewonnen wird.

schwersten, ein solcher stiller Jauner wird zu einer fürchterlichen Plage, weil Niemand in der Welt ein Wort des Trostes, ein Wort der Theilnahme einlegen kann, denn der äußere Schein muß den Jammer verdecken. Das höchste irdische Gut besteht darum nicht in Reichthum und Ehrenstellen, nicht in Vergnügungen und Lustbarkeiten, auch nicht in höherem Genuß und Glanz. Das höchste Gut ist die Zufriedenheit, — Zufriedenheit! Ein einfaches Wort und doch umfaßt es eine Fülle des Reichthums, nach welcher Millionen und Millionen sich vergeblich sehnen. Bei Dir, mein Freund, soll und darf sie nicht fehlen, denn sie macht Dir die Arbeit leicht, verwandelt Dein Haus zu einem Paradiese und steuert Rosen auf Deinem Lebensweg, wo Andere Dornen wachsen sehen . . .“

Es ist das alte Lied, daß die „nothleidenden“ Unternehmer ihr Kreuz ungebeugt in Equipagen spazieren fahren lassen. Soweit das auf ihren Hochmuth Anwendung finden dürfte, hätte man nichts dagegen einzuwenden. Anders sieht es aber aus, wenn unter diesem Kreuz die schweren Leiden, denen die geängstigten Kapitalisten ausgesetzt sind, gemeint sein soll. Wollten sie sich diesen entziehen, nun so liegt es in ihrer Hand; sie brauchen sich nur der den Arbeitern empfohlenen Zufriedenheit zu befleißigen, brauchen nur wie diese ihren Erwerb durch ihrer Hände Arbeit zu suchen und die Ruhe und der Friede wird die Menschheit beglücken.

Schein-Lehrverträge und Ermittlungsverfahren seitens der Staatsanwaltschaft wegen Fällung eines Lehrvertrages.

Aus Solingen wird dem „Vorwärts“ geschrieben:

Bekanntlich haben mehrere hiesige Fachvereine in jahrelangen, mühevollen Kämpfen den Fabrikanten Preisverzeichnisse abgerungen, die zu ihrer Ausübung oder Veränderung einer beiderseitigen dreimonatlichen Kündigung bedürfen. Einer der schmerzhaften Gegner dieser Organisation und Verträge ist der Maschinenfabrikant Carl Friedrich Ern in Wittikuhn bei Wald. Ern, der ein sehr umfangreiches Geschäft besitzt, hat eine förmliche Lehrlings-Zuchtanstalt organisiert und Lehrverträge abgeschlossen, mit denen sich das Gewerbegericht in Solingen und das Landgericht in Elberfeld wiederholt beschäftigt mußten. In diesen Verträgen wurde für die Arbeiter die sogenannte Lehrgelt auf fünf Jahre festgesetzt. Dem Unternehmer stand jedoch das Recht zu, ohne alle Kündigung und ohne jeden Grund das „Scheinverhältnis“ sofort aufzulösen. Die „Lehrlinge“, welche sich häufig aus Familienvätern rekrutiren, waren durch den Vertrag verpflichtet, sich von ihrem Wochenlohn einen Abzug von drei Mark gefallen zu lassen. Dieser Abzug blieb in den Händen Ern's und sollte zu seinen Gunsten verfallen sein, sobald die Lehrlinge die „fünftährige Lehrgelt“ nicht ausbieten. Verschiedenen sogar schon sehr bejahrten Lehrlingen, die sich dazu hergaben, das Preisverzeichnis der vereinigten Maschinenfabrikanten zu Falle zu bringen, schenkte die traurige Rolle, welche sie spielten, doch

Für Deutschland hatten die furchtbaren Verheerungen des dreißigjährigen Krieges die uralte deutsche Eisenindustrie fast vollkommen ausgelöscht. Auch während des ganzen achtzehnten Jahrhunderts ließen die Verfallenszeit der politischen Zustände, sowie die unaufhörlichen inneren und äußeren Kriege industrielle Unternehmungen bedeutender Art in Deutschland unjoweniger auskommen, als die Uebermacht der inzwischen großgewordenen Industrien Englands und Frankreichs sie darniederhielt.

Der erste Steinkohlenhochofen ward in deutschen Landen 1796 erbaut und in Betrieb genommen. Aber noch ging hier die Ausbreitung der Eisenindustrie so langsam vor sich, daß im Jahre 1847 erst 227 Hochöfen vorhanden und von diesen nur 33 Steinkohlenöfen waren. Auch alle übrigen Verbesserungen außer dem Steinkohlenbetrieb brachen sich in Deutschland nur allmählich Bahn, so die Zylindergebläse, der Puddelprozeß und Aueres. Demgemäß hob sich die Roheisenproduktion auch noch im Anfang des zweiten Drittels unseres Jahrhunderts zunächst nur recht unbedeutend. 1829 wurden in Preußen 93 Millionen Zollpfund erzeugt, 1833 ergab die Produktion 120 Millionen Zollpfund, 1840 betrug sie im

nicht sehr zu behagen, denn sie lösten ihren „Scheinvertrag“ und verfielen ihren Lehrherren bei dem Gewerbegericht in Solingen auf Herausgabe der wöchentlich eingehaltenen drei Mark. Das Gewerbegericht verurtheilte denn auch den Beklagten zur Herausgabe des als Kaution eingehaltenen Lohns, da das Gericht annahm, daß die Verträge des Fabrikanten C. F. Ern nur Schein-Lehrverträge seien, denen die gesetzliche Unterlage fehle. Die Motivirung dieses für die Arbeiter und namentlich für die in diesem Gewerbe thätigen Arbeiter sehr wichtigen Urtheils lautet:

Zugegebenermaßen hat der Beklagte den Klägern von ihrem verdienten Lohn 616 Mk als Kaution einbehalten, wozu er nach dem zwischen ihm und denselben geschlossenen Lehrverträgen berechtigt sein will. Es ist daher zunächst zu prüfen, ob die in jenen Verträgen getroffene Vereinbarung über die Abzüge der sogenannten Kaution rechtswirksam ist. Diese Frage muß verneint werden. Der Vertrag stellt sich allerdings formell als ein Lehrvertrag dar, ist aber thatsächlich ein Arbeitsvertrag, welchen der Arbeitgeber in seinem alleinigen Interesse geschlossen hat, um auf diese Weise die hier einschlagenden Vorschriften der hiesigen Gewerbeordnung zu umgehen. Der Beklagte beschäftigt nach jenen Verträgen die Arbeitskraft auf die lange Dauer von 5 Jahren für sich fest zu sichern, während ihm selbst es frei stehen soll, von dem Verträge jeder Zeit zurückzutreten, gleichviel, ob die Ausbildung des „Lehrlings“ beendet ist oder nicht. Eine solche Stipulation steht aber im grellsten Widerspruch mit den gesetzlichen Bestimmungen über den Lehrvertrag, welcher gerade auf der Voraussetzung beruht, daß das Lehrverhältnis auch auf Seiten des Lehrlings ein für eine bestimmte Zeit festes sei, damit der wesentlichste Zweck des Vertrages, die Ausbildung des Lehrlings erreicht werden kann, und verlegt sonach die in dem § 126 ff. der deutschen Gewerbeordnung gegebenen Vorschriften. Daß der Vertrag ein Scheinvertrag ist, geht auch aus der Klausel bezüglich des Stücklohnes hervor, da nicht auf der einen Seite ein Stücklohn vereinbart und auf der anderen Seite verabredet werden kann, daß dieser Lohn zum Theil nicht bezahlt zu werden brauche. Nach alledem ist der Vertrag ein Arbeitsvertrag und haben die Kläger auf Auszahlung ihres verdienten Arbeitslohnes ein wohlbegründetes Recht, da nach § 116 der Gewerbeordnung die Gewerbetreibenden verpflichtet sind, die Löhne ihrer Arbeiter baar und in Reichswährung auszusahlen. Die Ratio dieser gesetzlichen Anordnung ist die, daß der verdiente Lohn dem Arbeiter unverfügt zustehen solle. Wenn nun der Beklagte den Klägern an ihrem Arbeitslohn wöchentliche Abzüge gemacht hat und diese Abzüge als Kaution zu seiner Sicherstellung gegen Kontraktbruch verwenden will, so widerspricht das offenbar der in § 115 l. c. vorgeschriebenen Baarzahlung. Duran vermag auch der Umstand nichts zu ändern, daß dem Beklagten durch Vertrag zu diesen Lohnabzügen die Befugniß eingeräumt wird, weil nach § 117 der Gewerbeordnung alle gegen den § 115 verstoßende Verträge nichtig sind. Wollte man sich aber auf den klägerischen Standpunkt stellen und den Vertrag als Lehrvertrag betrachten, so wäre es Sache des Beklagten gewesen, den Beweis dafür zu erbringen, daß die angeblichen Lehrlinge

ganzen deutschen Zollverein einschließlich Luxemburg 143 Millionen Kilogramm, um alsdann in lebhafterem Tempo fortzuschreiten und 1850 208 Millionen, 1860 sogar 529 Millionen Kilogramm zu ergeben.

In Belgien hatte die gleichfalls außerordentlich alte und im Mittelalter bestbewährte Eisenindustrie zu Ende des vorigen und zu Anfang des 19. Jahrhunderts unter dem politischen Glend der Revolutionskriege und des Kontinental-systems furchtbar zu leiden gehabt. Unmittelbar nach Beendigung der Kriege gegen Napoleon hob sich die Gewerbetätigkeit im Lande und in den Jahren 1823—36 gelangte die Eisenindustrie zu hoher Blüthe, nachdem sie zum Steinkohlenbetriebe übergegangen war und sich der oben angeführten Verbesserungen bemächtigt hatte. 1830 wurden in Belgien 60 Millionen Kilogramm Roheisen produziert, 1840 135 Millionen, 1850 144 Millionen und 1860 320 Millionen.

Die Zahl der Hochöfen hatte sich bis zum Jahre 1850 unansehnlich vermehrt. 1845 waren 56, 1850 65 im Betriebe. Aber im nächsten Jahrzehnt ging die Zahl der Hochöfen bis auf 50 zurück, während deren Leistungsfähigkeit in der oben angegebenen Weise zunahm.

den Vertrag aus nichtigen Gründen gebrochen oder ihre in demselben eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt hätten.

Gegen dieses Urtheil legte Ern beim Landgericht in Giberfeld Berufung ein, welches sich jedoch durchwegs den Ausführungen des angefochtenen Urtheils anschloß.

Vericht

über die VII. ordentliche General-Versammlung der allgem. Frankens- und Stierbräue der Metallarbeiter

(C. H. 29, Hamburg), am 25. Juli in Weimar, „Weißes Roß“.

1. Sitzung. Nach einer Begrüßung der Abgeordneten seitens des Vorsitzenden des Lokalkomitees, Kärgers, und des Vorsitzenden der Kasse, Deisinger, wurde die Versammlung um 8 Uhr Morgens eröffnet.

2. Sitzung. Nachm. 2 Uhr. Deisinger verliest einige Begrüßungsschreiben und Telegramme. Van der Heyden berichtet über die Mandatsprüfung und wird nach längerer Debatte die Wahl Junge-Dresden für ungültig erklärt.

In dem an die Delegirten der General-Versammlung vertheilten Rechenschaftsbericht auf das Jahr 1891 sagt die Hauptverwaltung: „Die Abrechnung für das Jahr 1891, welche wir vorstehend den Mitgliedern unterbreiten, weist zwar in finanzieller Be-

ziehung ein besseres Resultat auf, als die Abrechnung für 1890; denn während am Schlusse des letzten Jahres ein Verlust von 22,882,44 zu verzeichnen war, ist am Schlusse des Jahres 1891 ein Gewinn von 2781,82 vorhanden.

3. Sitzung. 26. Juli. Der Vorsitzende Klein eröffnet um 8 Uhr die Sitzung und erhält Deisinger das Wort zum Bericht des Vorsitzenden.

5. Sitzung. 7 Uhr Morgens. Den Vorsitz führt Segig. Ein Geschäftsordnungsantrag, welcher besagt, daß jeder Redner zur Prinzipienfrage das erste Mal 15 Minuten, das zweite Mal 5 Minuten Redezeit haben soll, wird angenommen.

6. Sitzung. Nachm. 2 Uhr. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der 4. Sitzung nimmt die Debatte unter Vorsitz von Segig über „Sein oder Nichtsein“ ihren Fortgang und sprechen sich von den 25 eingeleiteten Rednern 1 für Auflösung der Kasse, 11 für Umwandlung in eine Zuschußkasse und 12 für den Antrag des Vorstandes aus.

aber zu erwarten, daß dieselben für Umwandlung in eine Zuschußkasse stimmen, falls die Auflösung der Kasse abgelehnt wird.

7. und 8. Sitzung. Morgens 8 Uhr beginnt die Sitzung unter Vorsitz von Klein.

Die Debatte über „Sein oder Nichtsein“ wird bis 12 Uhr fortgesetzt. Gleich zu Beginn der 8. Sitzung, Nachm. 2 Uhr, wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

9. Sitzung. 8 Uhr Morgens. Unter Vorsitz von Deisinger geht in dieser Sitzung die Statutenberatung bis § 11 vor sich. Die §§ 4 und 5 behalten ihre alte Fassung. § 6 wird in der Fassung angenommen, wie selbiger vom Vorstande zur Anpassung an den § 75 des R.-V.-G. vorgeschlagen war.

10. Sitzung. 2 Uhr Mittags. Die Unterstützungssätze für Weerdigungsgeld werden wie folgt festgesetzt: Bei einer Mitgliedschaft von 1 Jahr 2 Jahren 5 Jahren

Table with 3 columns: 1. Klasse, 2., 3., 4. and corresponding amounts for 1, 2, 5 years membership.

§ 8 bleibt in der alten Fassung bestehen. § 9 erhält in Bezug auf die Unterstützungssätze folgende Fassung:

Table with 3 columns: 1. Klasse pro Tag, 2., 3., 4. and corresponding amounts.

In den ersten drei Tagen wird pro Tag ein Drittel obiger Unterstützungssätze gezahlt. Schluß 12 Uhr Mittags.

Die bisherigen Strafbestimmungen werden herabgesetzt und gelangen mit wenigen Änderungen die folgenden Paragraphen bis inklusive 22 zur Annahme. Schluß 6 Uhr Abends.

Beide Sitzung, Samstag Vorm. Vorsitzender Klein eröffnet um 7 Uhr die Sitzung. Es erfolgt die Fortsetzung der Statutenberatung.

Der Schluß der Sitzung erfolgt deshalb um 10 Uhr, um den Abgeordneten die Besichtigung der Fürstengruft und des Museums zu ermöglichen. Dasselbe ist die Sitzung Morgens eine Stunde früher begonnen und endet Abends eine Stunde später.

und Können dienen zu wollen. Durch Aktion wurde dann die Revisionskommission und der Ausschuss gewählt. Der Sitz der ersten ist Barmbeck. Als Vorsitzender fungiert Schauer. Der Sitz des Ausschusses ist Braunschweig mit dem Vorsitzenden Ostermann.

Korrespondenzen. Metall-Arbeiter.

Apenrade. Am 23. Juli fand eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Nothwendigkeit der Organisation (Referent Genosse Bracke), Gründung einer Zahlstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbands.

Ansbad. Der D. M. A. B. hielt am 23. Juli eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Zur Aufnahme meldeten sich mehrere Kollegen. Kollege Scherf aus Nürnberg hielt einen Vortrag über Herbergswesen.

Berlin. In der Metallarbeiterbranche sind Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit in einem wachsenden Umfange zu constatiren. So haben bei der Aktiengesellschaft vormals Schwarzkopff wegen der bestehenden geschäftlichen Störung Lohnreduktionen stattgefunden.

Breslau. Am 16. Juli hielt die hiesige allgemeine Zahlstelle des D. M. A. ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nachdem der Schriftführer das Protokoll der letzten Versammlung verlesen, erstattete der Kassier den Kassenbericht und wurde ihm auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt.

*) Im Rheinland gilt bekanntlich noch der Code civil. Der Artikel 1174 lautet: „Jede Verbindlichkeit ist ungültig, wenn sie unter einer Bedingung eingegangen worden ist, die von der Willkür Desjenigen abhängt, der sich verbindet.“

Schriftführer zu wählen, welcher die Versammlungsberichte an die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu senden hat, denn bis jetzt habe man leider sehr selten einen Bericht aus Breslau darin gefunden. Dieser Antrag wurde angenommen und Burgund 1 als Schriftführer und Reimle als Zeitungsexpeditant gewählt. Ein Antrag Winkler, während der Wintermonate, wenn möglich jede Woche einen Diskussionsabend abzuhalten, wird gleichfalls angenommen. Nachdem der Vorsitzende noch ersuchte, bei der nächsten Versammlung zahlreich zu erscheinen, wurde die gut besuchte Versammlung mit einem Hoch auf den deutschen Metallarbeiter-Verband geschlossen.

Baden-Baden. Am 15. Juli fand im Gasthaus zum „Pfälzer Hof“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Kollege Schilde aus Stuttgart referierte über das Arbeiterschutzgesetz und die Arbeitsordnung. Der Redner erledigte seine Aufgabe in einer zweistündigen Rede auf's Vortrefflichste, indem er den Anwesenden mehrere Paragraphen des Arbeiterschutzgesetzes und der Arbeitsordnung vor Augen führte und deren Inhalt näher auseinandersetzte. Zum Schluss sprach er noch über die Nothwendigkeit des Gewerbeschlichts, wodurch der Arbeiter eher und leichter zu seinem Rechte gelangen kann. Redner sprach zugleich den Wunsch aus, daß auch hier in Baden-Baden einmal ein solches errichtet werde. Er legte den Anwesenden besonders ans Herz, so viel als in ihren Kräften steht, dazu beizutragen, daß es endlich einmal zu Stande kommt. Da sich Niemand zum Wort meldete, munterte der Vorstand die Kollegen noch auf, da die Versammlung schwach besucht war, künftighin etwas zahlreicher zu erscheinen und mehr für den Verband zu agitieren, da man nur durch Einigkeit zum Ziele gelangen kann.

Badenweiler. Die hiesige Filiale des D. M. A. W. hielt am 16. Juli ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der erste Punkt wurde durch die Aufnahme von 8 Mitgliedern erledigt. Den Kassenbericht erstattete Kollege Peterhans. Die Einnahmen betragen für die Hauptkasse: 5 Einschreibegelder M 1,50, 1375 Wochenbeiträge 206,25, 10 Delegirtenmarken à 15 S = 1,50, Sa. 209,25. Ausgabe: Lokalverwaltung M 68,75, an die Hauptkasse eingelangt 140,50. Einnahme der Lokalkasse M 99,23, Ausgabe 100,65. Es entfiel also eine Mehrausgabe von M 1,42. Die Einnahmen des ganzen Jahres betragen für die Hauptkasse M 1176,90, eingelangt an selbige 821,34. Die Ausgaben der Lokalkasse waren 855,56, die Ausgaben 358,98. Der Zugang an Mitgliedern war folgender: Uebergetreten 194, neu aufgenommen 85, zugezogen 18. Abgegangen sind in diesem Zeitraum: abgereist 46, ausgestreut 15, ausgeschieden 25, gestorben 1. Es bleibt mithin ein Bestand von 210 Mitgliedern. Die Zahl der seit dem 1. August abgehaltenen Versammlungen betrug 26, Vorträge wurden 18 gehalten. Dem Kassirer wurde auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Der 3. Punkt, Neuwahl der Ortsverwaltung, wurde auf Antrag bis Januar verschoben. Es wurde das Verhalten des Hauptvorstandes dabei kritisiert, weil derselbe Beschlüsse, die in einer gemeinschaftlichen Sitzung im Januar gefaßt wurden, erst nach 5-6 Monaten veröffentlichte. Kollege Weisig legte sein Amt als Revisor nieder, an dessen Stelle wurde Kollege Zunder gewählt. Wegen vorgerückter Zeit wurde der Vortrag auf eine der nächsten Versammlungen vertagt. In Verschiedenes wurde ein Brief des Kreisbauamtes von Frankfurt verlesen, welcher die Forderung zur Befähigung der Klärbeden enthält, und wurde denn auch beschlossen, derselben am 17. Juli Folge zu leisten.

Dresden. Am 27. Juli fand im Restaurant D. Claus eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt. Zu Punkt 1 der Tagesordnung: „Die wirtschaftliche Lage der Metallarbeiter“ hatte Herr Haal das Referat übernommen. Er tabelt vor allen Dingen den schwachen Besuch der Versammlung und die damit bewiesene Launtheit der Dresdener Metallarbeiter und stellt mit statistischen Beweisen die traurige Lage derselben in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn dar. Zum Schluss führt Redner die Vereinigung der Fabrikanten als Beispiel an, was uns zwingt, uns gleichfalls zu organisieren. Gehäfter Beifall bewies deutlich, daß alle Anwesenden mit den Ausführungen des Referenten einverstanden waren. In der darauffolgenden Debatte sprachen sich mehrere Kollegen gleichfalls im Sinne des Referenten aus, wobei auch auf die Arbeitsordnungen einiger hiesiger Fabriken hingewiesen wurde, welche nur den Zweck haben, die geringe Freiheit des Arbeiters noch mehr zu beschränken. Zu Punkt 2: „Gewerkschaftliches“, legte Kollege Bürger die Vortheile des Verbandes dar, führte unter Anderem die zunehmende Frauenarbeit und die Schäden des Alfordsystems an, welchen Uebelständen wir nur durch kräftige Organisation im Stande sind, wirksam entgegenzutreten. Nach nochmaliger Aufforderung an noch nicht dem deutschen Metallarbeiter-Ver-

band angehörige Anwesende, wurde die Versammlung geschlossen.

Eberfeld. An die Metallarbeiter von Rheinland-Westfalen Kollege Hoff-Gien schreibt in Nr. 28 der „Deutschen Met.-Arb.-Ztg.“ so, als hätte ich versucht, die Konferenz zu hintertreiben. Ich erkläre hierzu, daß ich noch immer denselben Standpunkt einnehme wie früher und daß solche Zusammenkünfte immerhin einen Vortheil haben. Dieses schließt noch lange nicht aus, daß ich herbeigehigt war, nachdem die Konferenz ausgeschrieben war, die Antwort des Vorstandes bekannt zu geben. Dadurch ist weiter kein Unglück geschehen, als daß die Konferenz einige Wochen später stattfindet. Es haben dann die Kollegen bis dahin Zeit, sich zu entscheiden, ob ihnen ein Agitationskomitee an irgend einem Orte genügt oder ob sich die Provinzen in mehrere Bezirke theilen wollen. Nach den mir von vielen Seiten zugegangenen Erklärungen wünschten die Kollegen die Konferenz auf den 18. September zu vertagen, weil in jetziger Zeit zu viel Anforderungen an die Arbeiter gestellt werden. Ich hoffe, daß alle Kollegen damit einverstanden sind und wird die nächste Konferenz am Sonntag den 18. September in Offen stattfinden. Die Kollegen wollen ihre Adresse an S. Hoff-Gien einleiden.

Aug. Neumann.
Eberfeld. Am 24. Juli tagte hier eine Konferenz der Formner von Rheinland-Westfalen, zu welcher auch der Reichstagsabgeordnete Schwarz-Bilbed erschienen war. Die Konferenz wählte zur Agitation zwei Vertrauensleute mit dem Siege in Solingen und M. Gladbach. Herr Schwarz wird außerdem in einigen Städten Vorträge halten. Auch wurde in Aussicht gestellt, daß Herr Grenz eine Agitationsreise durch Rheinland und Westfalen macht. Der Leiter der halber sei nur mitgeteilt, daß der Delegirte für Duisburg auf dieser Konferenz erklärte, sie seien den Eberfeldern um zehn Prozent voraus. Wir überlassen dem Herrn sein Vergnügen und wünschen nur, daß in der Stadt, wo ein Stöcker und Hamacher die erste Geige spielen, bald etwas von diesem „Voraussein“ zu merken wäre. Nach der Konferenz referierte Herr Schwarz in einer Volksversammlung über die Gewerbeordnung und beschäftigte sich derselbe hauptsächlich mit Artikel 7. Im Laufe der Debatte erklärte ein Theilnehmer, daß sehr viele kleine Vereine beständen und sich bildeten, hlos um einigen Personen ein Plätzchen zu verschaffen. Auch hätten die Formner dem Frankfurter Beschlusse keine Folge gegeben, sondern sich selbständig organisiert. Hierüber geriet Herr Schwarz so in Hornisch, daß er für diese Aeußerung die Eberfelder Metallarbeiter verantwortlich machte und dieselben mit der Bezeichnung „Mörgler“ belegte. Neumann erklärte hierauf, daß er gar nicht beabsichtigt habe, sich an der Debatte zu betheiligen, aber da Herr Schwarz so empfindlich sei und jede Aeußerung der Metallarbeiter zur Last lege, bemerke er, daß der Redner gar kein Metallarbeiter sei, aber es sei doch sehr lehrreich, nach dem Halberstädter Kongreß, an welchem auch Herr Schwarz zugegen war, hätten doch die Metallarbeiter erklärt, sich nicht mehr zu bekämpfen, er müsse sich deshalb wundern, daß Herr Schwarz so aufgeregert sei und an diesen Beschluß nicht mehr denke. Das Recht der Diskussion lassen sich die Metallarbeiter von Herrn Schwarz nicht rauben, sondern werden ihren Standpunkt vertreten. Die Formner im Schwarz'schen Verband seien aber so empfindlich, daß man in Versammlungen nicht mehr Genosse und Kollege sagen dürfe, sondern eher „meine Herren Formner“ sagen müsse. Er gebe das Wort „Mörgler“ höflich zurück. Herr Schwarz erklärte später nach der Versammlung, daß er wirklich glaubt, der Redner sei ein „beriffener Metallarbeiter“ gewesen. O seliger Glaube!

Freiburg i. B. In Saale des Bönenkellers fand am 20. Juli eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Schilde aus Stuttgart über die Lage der Industrie-Arbeiter und die Gewerkschaftsorganisation sprach. Redner schilderte eingehend die heutigen Produktionsverhältnisse, besonders beleuchtete er das Alfordsystem und die in verschiedenen Betrieben noch bestehende übermäßig lange Arbeitszeit und ihre nachtheiligen Folgen. Solche für die Arbeiterklasse überaus ungünstigen Verhältnisse könnten nur durch eine geschlossene feste Organisation beseitigt werden. Nicht eines jeden Kollegen sei es deshalb, sich der Organisation anzuschließen. Bei der hierauf folgenden Diskussion wurde von einem Redner ein Vorfall zur Kenntniß der Versammlung gebracht, nach welchem der Besitzer einer mechanischen Werkstätte und Gelehrter, der hiesige Fabrikant, Stadtverordnete und Feuerwehrhauptmann Greber, in höchst eigener Person einen verheirateten Arbeiter ohrfeigte. Allseitige Pfuihrufe aus der stark besuchten Versammlung waren die Antwort auf diesen Humanitätsakt. Nachdem eine

Resolution, in welcher sich die Anwesenden verpflichten, auf das Thätigste für die Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisation einzutreten, angenommen worden, erwähnte der Referent in seinem Schlußworte, daß solchen Versprechungen auch zu halten, da der Arbeiter nicht dazu geboren sei, um elend zu verkommen und sich von gewisser Seite auf ein besseres Jenseits verstreuen zu lassen. Der Vorsitzende Drehm forderte ebenfalls zur Agitation und zum Beitritt in den deutschen Metallarbeiter-Verband auf.

Görlitz. Am 18. Juli fand hier die Mitgliederversammlung des D. M. A. W. mit folgender Tagesordnung statt: Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge, Kassenbericht vom Mai und Juni, Jahresbericht. Verschiedenes. Als neue Mitglieder ließen sich 6 Kollegen aufnehmen. Der Kassenbericht ergab folgendes: Kassenbestand von der letzten Abrechnung M 65,90, Einnahmen im Mai und Juni 18,40, Summa 184,30; Ausgabe: Reiseunterstützung 70,80, 88 2/3 Prozent = 21,70, Sa. 92, bleibt also Kassenbestand M 42,30. Im Ganzen wurde hier von 1. August 1891 bis 1. Juli 1892 M 304,45 Unterstützung an 162 Reisende bezahlt. Dem Verus nach sind unterstützt worden: 62 Formner, 36 Schlosser, 20 Klempner, 14 Dreher, 9 Feilenhauer, 3 Gelbgeher, 2 Wirtler, 2 Jungschmiede, 2 Hilfsarbeiter, 1 Metallarbeiter, 1 Radler. — Der Bevollmächtigte Bennewitz schildert die Lage der gegenwärtig 92 Mitglieder zählenden Filiale in den verfloßenen 11 Monaten und wies auf die Schwierigkeiten hin, mit denen wir zu kämpfen hätten. Ersteres mit den Gewerksvereinen, welche uns als nicht lebensfähig hinstellten und uns bei jeder Gelegenheit zu unterdrücken versuchten, was ihnen aber nie gelungen wird. Zweitens mit den Herren Fabrikanten selbst, welche meist ohne Grund mit den Verbandsmitgliedern aufräumten. So wurde z. B. ein Mitglied sofort ohne Grund entlassen, welches schon viele Jahre in der Fabrik arbeitete, welches sich erlaubt hatte, als Revisor der örtlichen Verwaltungsstelle zu fungieren; ebenso wurden verschiedene andere Mitglieder auf die Straße geworfen. Auch unser Vereinslokal wurde uns entzogen und mußten wir uns ein neues Heim suchen. Redner erwähnte in Anbetracht dessen die Mitglieder fest zusammen zu halten und zu agitieren. Er forderte die Mitglieder auf, die Versammlungen und Zahlabende recht zahlreich zu besuchen. Beim Verschiedenen wurden mehrere Fabrikordnungen einer scharfen Kritik unterworfen, ebenso die von den Fabrikanten so beliebte Sonntagsarbeit. Der Bevollmächtigte machte bekannt, daß die nächste Versammlung am 22. August stattfindet.

Hain. Am 17. Juli fand im Lokale „Carl der Große“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, die leider nur, trotz aller Anstrengungen, von 120 Personen besucht war. Hieraus erhellt zur Genüge, wie tief die Köhler Metallarbeiter (14.000 an der Zahl) noch im Indifferentismus stecken. Zum ersten Punkt der Tagesordnung hielt Kollege Schilde aus Welfenkirchen einen Vortrag über die Organisation, ihre Nothwendigkeit und ihre Ziele. Der Redner führte in klarer, leicht faßlicher Weise die Entwicklung des Handwerks bis auf die Zeit der französischen Revolution, die der Feudalherrschaft ein Ende machte, vor Augen. Redner sprach darauf über die Entwicklung der zuerst sehr primitiven Dampfmaschinen und führte u. A. aus, daß dieselben in England schon im Jahre 1860 die Arbeitskraft von 70 Millionen Menschen ersetzten. So dann wurde auf die Entstehung und Verbesserung der Werkzeugmaschinen hingewiesen, besonders in der Weberei, Zuckerraffinerie und Buchdruckerei, wodurch Tausende von Handwerkern auf's Pfahler geworfen wurden und noch täglich werden. Würden die Maschinen im Besitze der ganzen Menschheit sein, würden sie dieser zum Segen gereichen, im Besitze Einzelner werden sie der Menschheit zum Fluch. Dadurch, daß die furchtbare Arbeitskraft der Maschinen immer mehr Arbeiter brotlos macht, kann der Fabrikant durch das Massenangebot die Löhne immer mehr drücken und die Arbeitszeit verlängern, somit die Arbeiter zu willenlosen Werkzeugen machen. Hierbei wurden als Beispiel die Zustände in der Köhler Baubehäus-Fabrik von Bohnsack u. Lorenz beleuchtet, die u. A. solche Alfordlöhne zahl, daß ein Schlosser die Höhe von 50 S pro Tag erreichte und ein anderer mit 9 M Wochenlohn nach Hause ging. Redner sprach dann über die „Wohlfahrten“ der Unfälle, Kranken- und Invalidenversicherung, mit welchen Palliativmitteln die Arbeiter getretet werden sollen. Auch die Gewerbeordnung, das Vereinsgesetz und die Gewerbeberichte wurden einer eingehenden Kritik unterzogen. Um nun diesen Anmachungen von jeder Seite wirksam entgegenzutreten zu können, sei es unbedingt nötig, daß die Arbeiter sich organisieren, denn nur wenn alle Schulter an Schulter stehen, sei beim Kapital und der Ausbeutung ein wirksamer Damm entgegenzusetzen, und fordert Redner die anwesenden nicht organi-

sierten Metallarbeiter auf, dem D. M. A. W., dessen Vortelle treffend beleuchtet werden, beizutreten, welcher Aufforderung verschiedene Anwesende nachkamen. In der Diskussion sprachen verschiedene Kollegen im Sinne des Referenten und fand eine dem entsprechende Resolution einstimmige Annahme. Am Verschiedenen wurde auf das am 21. August stattfindende Metallarbeiterfest der Filiale Köhler, Ehrenfeld, Wilhelm, Raß und der Sektion der Feilenhauer aufmerksam gemacht und zu reger Theilnahme aufgefordert.

Landshut. Am 24. Juli fand hier eine allgemeine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt. Die Versammlung war schwach besucht. Kollege Urban aus München, als Referent, hielt einen sehr gelungenen Vortrag über den Zweck und Nutzen des Verbandes. Redner griff auf das Jahr 1878 zurück und schilderte in eingehender Weise die Organisation der Arbeiter bis zum heutigen Tage. Nachdem derselbe noch über die traurigen Zustände, welche in der Arbeiterklasse herrschen, gesprochen, forderte er die Anwesenden eindringlichst auf, sich dem Verbandsanzuschließen, worauf sich nach der Versammlung 6 Mitglieder eintragen ließen. Es ist zu bedauern, daß die Versammlung so schwach besucht war und umso mehr, daß sehr viele Verbandsmitglieder selbst fehlten. Gerade wir in Landshut haben es am wenigsten noth, flau zu sein. Denn hier sind wohl die Zustände in den Fabriken herglick schlechte. In einer Stadt wie Landshut, wo theilweise regelmäßige Arbeitszeit von 5 Uhr Früh bis 8 Uhr Abends und länger herrscht, manchesmal sogar 86 Stunden ununterbrochen gearbeitet wird, dabei das Strafen wegen jeder Verlangsamigkeit eintritt, wäre es wohl am Plage, wenn die Kollegen mehr Interesse für die Arbeiterbewegung an den Tag legen möchten.

Lübeck. Am 20. Juli hielt die hiesige Zahlstelle des D. M. A. W. ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. 1. Punkt war Abrechnung von Mai und Juni. Kassenbestand von der letzten Abrechnung M 132,66, Einnahmen im Mai und Juni 198,06, Sa. 325,71. Ausgabe: für Reiseunterstützung 112,79, Ausgaben der Lokalkasse 69,13, Kassenbestand 145,84. Gegen den Bericht hatte Niemand etwas einzuwenden. Der Bevollmächtigte forderte die Werkstellendelegirten um Beibringung der verschiedenen Fabrikordnungen auf, damit wir uns einmal über die einzelnen Punkte gegenseitig aussprechen können. Kollege Benfeld brachte vor, daß er mit 1. August sein Amt als Zeitungshote niederlege. Ein neuer Hote wurde vorläufig nicht gewählt, da es die Mitglieder der nächsten Werkstellendelegirtenversammlung überließen, sich über die Beförderung der Zeitung zu besprechen. Nachdem der Bevollmächtigte die Mitglieder aufgefordert, ihren Pflichten gegen den Verband nachzukommen, wurde die Versammlung geschlossen.

Löbau. Als die Maschinenfabrik und Eisengießerei (vorm. Kühne u. Komp.) im Juni vorigen Jahres in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde, da wurde den Arbeitern durch Anschlag bekannt gegeben, daß das Direktorium bestrebt sein werde, das Wohl und Wehe der Arbeiter im Auge zu behalten und durch humane Behandlung ein gutes Einvernehmen zwischen Direktorium und Arbeitern zu erzielen. Dieses Bestreben scheint jedoch dem Direktorium nicht immer ganz zu glücken. So wurden in letzter Zeit von Herrn Direktor Wachem manche alte, tüchtige Arbeiter entlassen, welche bereits 12-15 Jahre zur vollen Zufriedenheit gearbeitet hatten, was wohl der beste Beweis für ihre Tüchtigkeit ist. Kürzlich wurde ein Dreher, der bereits 9 Jahre, und ein Schlosser, der 13 Jahre in der Fabrik thätig war, entlassen. Bei letzterem wurde als Grund angegeben, er habe in letzter Zeit „nicht mehr nach Vorschrift gearbeitet“. Derselbe hatte nämlich das Unglück, ohne eigenes Verschulden einen Maschinenthail zu zerbrechen, wofür ihm 3 M abgezogen wurden. Diesen Abzug wollte sich aber der Arbeiter nicht gefallen lassen und stellte in Aussicht, sich sein Recht beim Gewerbegericht suchen zu wollen. Dies hielt man wahrscheinlich für keine vorchriftsmäßige Arbeit. Auch die persönliche Behandlung namentlich der älteren Arbeiter durch den Herrn Direktor kann häufig durchaus nicht als eine humane bezeichnet werden. So hatte nämlich ein 69 Jahre alter Arbeiter einen Schiefstein vorzurichten, wobei durch Zugluft etwas Staub aufwirbelte. Dafür wurde der alte Arbeiter vom Direktor in einer Weise angeschrien, daß es in der ganzen Fabrik gehört werden konnte. Dabei befindet sich aber die Decke der Schlosserwerkstatt in einem Zustande, daß bei den Erschütterungen durch die Arbeit fortwährend Staub und andere Unreinigkeiten auf Arbeiter und Arbeit herabrieseln. Obwohl auf diesen der Neidlichkeit und Geizigkeit beeinträchtigenden Uebelstand schon öfters aufmerksam gemacht wurde, geschah durchaus nichts zur Besserung. Diese garte Rücksichtnahme auf die Dividenden zeigt sich auch

in anderen Dingen. So müssen sich die 82 Formere und 15 Lehrlinge mit zwei halben, b. h. zerrissenen Sandstrichen behelfen. In Folge dessen muß häufig ein Arbeiter auf den anderen warten und die Arbeit, welche sämtlich im Afford gemacht wird, kommt ins Stocken. Wenn aber dann der Sand vom Haufen bearbeitet wird und der Guß schlechter ausfällt, dann sind die „schlechten Arbeiter“ schuld. Ähnlich steht es mit anderem Handwerkszeug. Auch an den wichtigsten Hilfsarbeitern für die Gießerei wird gespart. Müssen die Formere einen großen Kasten aus dem Hof holen, so werden ihnen zu dieser Arbeit 10—12 Lehrlinge zugeteilt, was gar nicht deren Geschäft und für dieselben auch eine viel zu schwere und gefährliche Arbeit ist. Auch an Blech wird gespart; im Winter darf das Gas nur halb aufgedreht werden, so daß es schon vorgekommen ist, daß Arbeiter in dem herrschenden Halbdruck über Gegenstände hergestürzt sind. Im Januar ist auf diese Weise ein neuer Meister in ein 4 Meter tiefes Loch gefallen. Auch die Feindlichkeit läßt sehr viel zu wünschen übrig. Häufen von Schmutz liegen Wochen lang in der Gießerei und wenn die Lehrlinge sich weigern, dieselben herauszuschaffen, was gar nicht ihre Arbeit ist, so schlagen sie hinaus. Dergleichen befinden sich die Arbeiter häufig in einem traurigen Zustande. — Wenn aber die Arbeiter sich über diese Mißstände beklagen, so laufen sie Gefahr, hinaus befördert zu werden unter dem Vorgeben, man wolle „Herr im eigenen Hause sein“.

Mombach. In der am 24. Juli abgehaltenen Metallarbeiterversammlung wurde beschlossen, hier eine Verwaltungsstelle ins Leben zu rufen. In die vorläufige Verwaltung wurde gewählt: als Bevollmächtigter Georg Thiel, als Kassier Christian Schmid, als Revisoren Heinrich Schuhmacher, Christian Steinhäuser, Karl Keller. Als Lokal wurde die Restauration Lang bestimmt, woselbst alle 14 Tage eine Versammlung mit Einzählung stattfindet und zwar die erste am 6. August, Abends 8 Uhr. Es werden sämtliche in Mombach wohnende Mitglieder ersucht, sich hier anzumelden. Die jetzige Zahl der Mitglieder beträgt 80. Wir hoffen, daß sämtliche Mitglieder durch fleißiges Agitieren und Besuchen der Versammlungen zur Hebung des Verbandes beitragen.

Magdeburg. Am 25. Juli fand hier eine öffentliche Formere- und Metallarbeiter-Versammlung statt. Dieselbe war von hiesigen „unabhängigen“ Formern einberufen, die ihres Zentralverbandes überdrüssig sind und sich nun wieder lokal organisieren wollen. Als Referenten hatten sie sich den „unabhängigen“ Maler Buhr aus Berlin verschrieben, der über das Thema: „Wie organisiert sich das Proletariat am besten“ referierte. Nicht auf parlamentarischen, sondern auf gewerkschaftlichem Gebiete, führte er aus, müsse der große Klassenkampf ausgefochten werden, nur in einer gewerkschaftlichen Organisation liege die Kraft des Proletariats. Das Ansumeln großer Massen sei zu verwerfen, ebenso sei auch die Zentralorganisation unpraktisch, er halte die Berufsorganisationen aus lokaler Grundlage für die besten. Mit der Aufforderung zum Beitritt zur Gewerkschaftsorganisation schloß der Redner seinen im Ganzen sachlich gehaltenen 1 1/2 stündigen Vortrag, welcher von keiner Seite mit irgend einer Silbe unterbrochen wurde. Es entspann sich nun eine lebhafteste Diskussion. Es wurde von verschiedenen Seiten hergehoben, daß es gerade der Kampffond der Gewerkschaften sei, welcher den Erfolg irgend einer Aktion garantiere; daß ferner auf rein gewerkschaftlichem Gebiete die Expropriation der Expropriateure weit schwieriger zu vollziehen sei als unter Zuhilfenahme des allgemeinen Wahlrechts. Das Proletariat fast sämtlicher Länder hätte bis vor kurzem noch auf demselben Standpunkt gestanden, auf welchem Herr Buhr heute steht; die Arbeiter stehen jetzt aber überall im Begriff, diesen veralteten Standpunkt zu verlassen, weil sich derselbe in der Praxis als unpraktisch erwiesen hat. Das belgische Proletariat z. B. sei jetzt bereit, zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechts alles zu wagen, weil es durch den jahrelangen, ununterbrochenen ökonomischen Kampf nichts Nennenswerthes erreichen konnte. Auch die Erfolge der englischen und australischen Organisationen seien mehr ein Geschenk der jeweiligen wirtschaftlichen Konjunkturen, als der Erfolg der betreffenden Organisationen selbst. Dies hätten auch die Arbeiter Englands und Australiens eingesehen, welche nun anfangen, sich ernsthaft an den Parlamentswahlen zu beteiligen. Der „unabhängige“ Henning wendete sich dann gegen die Forderung von Parteienunterstützung, welche heute von den meisten Organisationen an reisende Kollegen bezahlt wird. Als man darauf hinwies, daß dies unbedingt notwendig sei, wenn man den reisenden Kollegen nicht zwingen wolle, um jeden Preis die ihm angebotene Arbeit anzunehmen, erwiderte dieser Henning: „Sagt sie betteln oder in's Buchhaus

gehen.“ Natürlich wurde dieser Mangel an Solidaritätsgefühl gebührend zurückgewiesen. — Zum Schluß fand folgende Resolution von Vater einstimmige Annahme: „Die heute am 25. Juli in Friedrichs Konzert- und Ballhaus tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erblickt in der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats einen wichtigen Faktor in dem Kampfe für die Befreiung der Arbeit aus den Fesseln politischer und ökonomischer Knechtschaft, und fordert alle Arbeiter auf, sich den Organisationen ihrer Berufe anzuschließen.“

Magdeburg. Regelmäßige Mitglieder-Versammlung am 28. Juli. Zunächst verlas der Kassier die Abrechnung der Monate Mai und Juni. Die Ausgabe war eine ziemlich hohe, da wir von den Fremden stark in Anspruch genommen wurden. Unterstützt wurden 164 Fremde für 9324 1/2 Kilometer mit 186,40 und 40 Tage gleich 40 1/2, Summa: 126,40. — Beim zweiten Punkt war die Frage eingegangen: „Wie stellen sich die Mitglieder des Verbandes zu der von den Formern am Montag einberufenen Versammlung?“ Der Fragesteller führte an, daß die Versammlung nur darauf hinausgeht, um unsere Organisation zu zerstückeln, da ja die „unabhängigen“ die Zentralisation verachten. Kollege M. erklärte, daß wir durch Schaffung unserer Organisation schon über das Thema hinweg sind, es wurde jedoch Jedem freigestellt, die Versammlung zu besuchen. — Unter „Verschiedenes“ kam die Reduktion in der Mandel'schen Feilenfabrik zur Sprache. Die Feilenhauer obiger Fabrik konnten es nicht einmal, in Folge der schlechten Affordpreise, auf einen Durchschnittslohn von 14 M wöchentlich bringen, aber dennoch erdreistete sich Herr Böttiger (Inhaber des Geschäfts) soweit, noch 10 Prozent von dem Hungerlohn ohne vorhergehende Ankündigung abzuziehen. Daraufhin kündigten sämtliche 5 Feilenhauer, was von der Versammlung gebilligt wurde. Dann gelangte noch folgender Antrag einstimmig zur Annahme: Den Vorstand zu ersuchen, zu veranlassen, daß die Berliner Kollegen ihren Verband in eine Filiale des D. M. A. umwandeln, denn das Anstellen neuer Bücher verursacht immer große Umstände. Man sollte einfach den werdenden das Geschenk entgegen, dann würden sie sich eher entschließen müssen, eine Filiale des D. M. A. zu errichten.

Mühlhausen i. G. In einer von 12—1300 Personen besuchten öffentlichen Versammlung referierte Genosse A. Schick. Stuttgart über die Lage der Industriearbeiter mit besonderer Berücksichtigung der Metallarbeiter. Nach seinem anderthalbstündigen Vortrag wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: „Die heute am 25. Juli versammelten Arbeiter von Mühlhausen erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und versprechen, die Arbeiterorganisation mit allen Kräften hoch zu halten und zu fördern.“

Neumühlten b. Stiel. Am 26. Juli tagte in Steffens Gasthaus eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung der Kleiner Verwaltungsstelle. Zum 1. Punkt der Tagesordnung: „Die Gewerkschaftsbewegung“ hatte Genosse Stephan Heindel das Referat übernommen. Redner schilderte in seinem Vortrag die Zeit des selbständigen Handwerks bis zur heutigen Entwicklung der modernen Großproduktion sowie die Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung neben der politischen. Zum Schluß forderte Redner noch auf, sich mit Leidenschaft an die Agitation für den Verband zu machen, denn ohne Leidenschaft werde kein Stein von dem andern gebracht. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag. Im Verschiedenen wurde von Kollege Weipermann der Antrag gestellt, für Neumühlten-Dietrichsdorf eine eigene Verwaltungsstelle zu errichten. Begründet wurde der Antrag durch die geringe Mitgliederzahl in Neumühlten und den schlechten Versammlungsbesuch derselben, was wohl seinen hauptsächlichsten Grund in der Entlegenheit der Ortschaften und den damit verbundenen Fahrtkosten habe. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. In die Ortsverwaltung wurden gewählt die Kollegen: Lornbach, Bevollmächtigter, Schulz, Kassier, Brägas, Tierbach und Walter als Revisoren. Die erste Mitglieder-Versammlung wurde auf Sonnabend, den 13. August festgesetzt. Als Vereinslokal wurde Steffens Gasthaus gewählt.

Haderberg i. S. Am 10. Juli tagte im Restaurant zum „Forsthaus“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, welche jedoch schwach besucht war. Das Referat, in welchem über Kleinhandwerk und Großproduktion gesprochen wurde, hatte Kollege M. Haat aus Dresden übernommen. Dieser löste seine Aufgabe auf's Beste, was der lebhafteste Beifall am Schluß seiner Rede bezeugte. Der dritte Punkt der Tagesordnung war die Wahl von zwei Revisoren, wozu die Genossen Schwab und Schmidt ernannt wurden. Kollege Reichardt, welcher aus Dresden mit erschienen war, forderte die Einzelmitglieder zu verschiedenen Malen auf, kräftig für den

Verband zu agitieren, da die größte Zahl der hiesigen Metallarbeiter es noch nicht notwendig gefunden hat, sich zu organisieren. Mit einem dreimaligen Hoch auf die Arbeiterbewegung wurde die Versammlung geschlossen.

Sollingen. In der am 16. Juli stattgehaltenen Generalversammlung der Verwaltungsstelle des D. M. A. wurden die Kollegen Heiner, Frick als Bevollmächtigter, Sonnmeier als Kassier, Krüger, Wilsenack und Preßer als Revisoren gewählt. Dann wurde die Frage diskutiert: „Ist es nötig, hier am Orte unter den gegenwärtigen Verhältnissen Sektionen zu gründen?“ Die Meinungen konzentrierten sich im allgemeinen dahin, daß es nicht nötig, im Gegenteil höchst unpraktisch sei, dieses zu thun, da die Kollegen, welche ein Bedürfnis zur Organisation fühlten, sich der hiesigen allgemeinen Verwaltungsstelle anschließen können und selbige auch im Stande ist, ihren Mitgliedern mehr Interessantes und Lehrreiches zu bieten, als es die voraussichtlich nicht lebensfähigen Sektionen im Stande sein werden; ferner da auch die Mehrzahl hier in Betracht kommenden Kollegen schon der allgemeinen Verwaltungsstelle als Mitglieder angehören und selbige kein Bedürfnis fühlen, sich von derselben abzuwenden, da sie hier ihre Interessen gerade so gut vertreten können, wie dort. Kollege Steinmüller war jedoch der Meinung, daß die Inbifferenzen sich den Sektionen eher anschließen als der allgemeinen Verwaltungsstelle, er wurde jedoch von anderer Seite auf die von ihm einberufene öffentliche Schlosser- und Maschinenbauerversammlung verwiesen, welche zur Genüge bewiesen hat, daß diese seine Ansicht eine irrige sei; ferner wurde auch noch darauf hingewiesen, daß es auch ebenso verwerflich sei, die einzelnen noch vom Branchenlohn durchgehenden Kollegen durch Gründung von Sektionen in ihrem Wahne zu stärken, da dieselben übrigens auch nur den alten Fader und Streit wachrufen würden.

Tönning. Der schlechte Geschäftsgang macht sich auch hier in hohem Maße bemerkbar. Handel und Schiffsahrt, sowie der Schiffbau liegen sehr darnieder. Die hiesige Wert, auf welcher seiner Zeit nahezu 200 Arbeiter beschäftigt waren, scheint, nachdem sie kaum zwei Jahre bestanden, fast gänzlich wieder eingezogen. Von den 200 Arbeitern sind jetzt nur noch 30 vorhanden und es heißt, daß der ganze Betrieb wieder eingestellt werden soll. Nun gibt es zwar Unternehmer, die immer noch einen guten Profit aus den Arbeitern herauszuschlagen wissen. Sie nehmen eine große Anzahl Lehrlinge, welche für ein geringes arbeiten. So arbeiten z. B. in einer hiesigen Maschinenfabrik neben einem Maschinenbaumeister oder Werkmeister zwar 18 Lehrlinge, aber keine Gehilfen, denn die sind alle entlassen. Die Lehrlinge müssen 5 Jahre lernen und erhalten im ersten Jahre nichts und im zweiten Jahre 50 s pro Tag. Diese Fabrik scheint sich die Wert als Beispiel genommen zu haben, denn auch sie kann jetzt nicht genug Lehrlinge bekommen. — Beim Löschen von Steinkohlen mittelst Dampfkraft, welches eine wahrhaft lebensgefährliche Arbeit ist, werden sogar Kinder von 14—16 Jahren beschäftigt. — Selbst die freimilitäre Feuerwehr sieht sich veranlaßt, den Arbeitern Konkurrenz zu machen, indem sie es übernimmt, Schiffe mit Ballast zu versorgen. So übernehmen sie es vor kurzer Zeit, einem großen neuen Schiff die Wasserzant voll zu pumpen, wobei doch sonst mehrere Arbeiter hätten ihren Tagelohn verdienen können. — Wahrlich, die Profitgier übersteigt nachgerade alle Grenzen. Die meisten Arbeiter, welche in Tönning ihre Heimstätte zu gründen dachten, werden jetzt, da an andere Arbeit in einem so kleinen Ort nicht zu denken ist, wieder auf die Landstrasse hinausgetrieben. Viele Familienväter müssen Frau und Kinder zurücklassen und wissen noch selbst nicht, wo sie wieder Arbeit finden sollen, da die Geschäftsflooding von überall gemeldet wird.

Witten. Die hiesige Verwaltungsstelle hielt am 24. Juli ihre regelmäßige Mitglieder-Versammlung ab. Nach Zahlung der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder erfolgte Rechnungsbericht, der zur größten Zufriedenheit der Mitglieder ausgeführt wurde. Die Rechnungsablage wurde für richtig befunden und dem Kassier auf Antrag Dröbige erteilt. Die Einnahme war: Kassenbestand bei der letzten Abrechnung 193,30, Beitrittsgeid 5,10, Beiträge 109,65, Summa 308,05. Ausgabe: 33's Proz. der örtlichen Ausgaben 36,55, an die Hauptkassa 93,30, jetziger Kassenbestand 78,20, Summa 208,05. Es betrug die Zahl der am Orte anwesenden Mitglieder am 1. Juli 137. Im Verschiedenen entspann sich eine längere Debatte über das Vorgehen eines gewissen Ernst Pöbler, welcher auch Mitglied der Verwaltungsstelle war; dieselbe lief darauf hinaus, denselben beim Hauptvorstand anzugehen, um ihn aus dem Verband auszuschließen. Es wurde noch beschlossen, am 7. August eine Ortsversammlung einzuberufen, weil am

14. August ein Stiftungsfest der Verwaltungsstelle stattfindet.

Zwickau. Die hiesigen Mitglieder des D. M. A. hielten am 28. Juli eine öffentliche Versammlung ab. Der Kassienbericht ergab eine Einnahme von 124,05, eine Ausgabe von 178,86, Kassenbestand am 1. Juli 160,19. Die Revisoren erklärten, Alles in Ordnung befunden zu haben. Da der bisherige Vertrauensmann, Genosse Wiltmann, durch seine Maßregelung gezwungen ist, Zwickau zu verlassen, machte sich die Wahl eines neuen Vertrauensmannes nötig und wurde hierzu Genosse Südecke gewählt. Kollege Wiltmann schilderte noch in kurzen Worten seine Maßregelung in der Heinrich'schen Fabrik und ersuchte Jeden, welcher sich nicht den Launen des Chefs aussetzen will, die betreffende Fabrik zu meiden. Hierauf erhielt der aus Chemnitz erschienene Referent, Emil Riemann, das Wort. Selbiger sprach in seiner anderkhaltstündigen Rede über die Erfindung der ersten Dampfmaschine und über die Entwicklung und Fortschritte der Technik. Zum Schluß erwähnte er noch zum thätkräftigen Wirken für die Organisation, damit wir bald zu unseren Zielen kommen.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Braunschweig, 25. Juli. (Schlosser und Maschinenbauer.) In der Versammlung vom 9. Juli wurde beschlossen, die Wahl der Ortsverwaltung am 23. Juli vorzunehmen. Es bildete dies der 3. Punkt der Tagesordnung. Der 1. Bevollmächtigte machte auf den in voriger Versammlung gefaßten Beschluß aufmerksam und wurde ein Wahlkomitee von 6 Mann gewählt, die in zwei Gruppen arbeiten sollten, um schnell fertig zu werden. Der 1. Bevollmächtigte wird als solcher wieder vorgeschlagen, verzichtet aber, weil Angriffe auf den Hauptvorstand in voriger Versammlung gemacht worden seien; andere in Vorschlag gebrachte Kollegen verzichteten sämtlich. Es entstand eine kleine „Panik“ und mußte die Wahl der beiden Kassierer erst vorgenommen werden. Die beiden alten verzichteten, es wurden hierauf die Kollegen: August Drumland als erster mit 76 Stimmen und Karl Haase als zweiter Kassierer mit 52 Stimmen gewählt. Als Bevollmächtigte wurden die Kollegen L. Dreßkopf mit 63 Stimmen und Hermann Kummer mit 52 Stimmen gewählt; zu Revisoren Konrad Samann, Maxard Wenzel und Brode, zu Schriftführern Karl Bietter und Karl Tischer, als Bibliothekare Gaale und Schulte. Die Neugewählten übernehmen ihr Amt am 1. August. Verbunden sind an den 1. Bevollmächtigten Louis Dreßkopf, Kramerstr. 8, III, zu richten.

Feilenhauer.

Altona-Hamburg. Verschiedene Zustände in einer hiesigen Feilenhauerei veranlassen uns, die Spalten dieser Zeitung in Anspruch zu nehmen. Es betrifft dies die Werkstellen in Hobendeb bei Hamburg. In diesen Werkstellen wird erstens der von uns mit den Meistern vereinbarte Lohn- und Akkordlohn nicht annähernd bezahlt. Des Weiteren herrscht dort die Sitte, daß die Gesellen beim Meister in Kost und Logis sind und daß alle 14 Tage abgerechnet wird, so daß ein anfängender Kollege erst nach 14 Tagen Arbeit weiß, wie er sich dort steht. Es ist oft genug vorgekommen, daß Kollegen bei der Abrechnung (nach 14 Tagen) bei längerer Arbeitszeit als wie es allenthalben üblich ist und nach Abzug des Kostgeldes 12, höchsteus 14 M herausbekommen. Aus diesen Grund. n ersuchen wir die Kollegen allerorts hiervon Notiz zu nehmen; dergleichen warnen wir ausdrücklich vor Bezug nach den Wecker'schen Werkstellen. Schließlich bitten wir noch die reisenden Kollegen, Hamburg-Altona nicht so sehr in Anspruch zu nehmen, denn das Geschäft geht sehr schlecht, es mangelt an ausreichender Beschäftigung, sodas hier mehrere Kollegen ohne Arbeit sind.

Winterthur (Schweiz). Der Feilenhauer-Verein sieht sich wieder einmal veranlaßt, auf eingelaufene Klagen der Berufsgenossen hin, gewisse Mißstände in verschiedenen Werkstätten den arbeitssuchenden Kollegen vor Augen zu führen. So ist z. B. das Geschäft von Wwe. Wyß in Solothurn eines derjenigen, welches eine Mühe in erster Linie verdient. Der dortige Geschäftsführer Georg Müller aus Württemberg (so benennt sich der ökonomische Seelsorger der Frau Wyß) erlaubt sich gegenüber seinen Untergebenen eine Behandlung, welche eher in das Reich der russischen Despotie gehört, als in eine Werkstatt des freien Schweizerlandes. Nach einem bewährten Genossen, der keine Angaben Wort für Wort unter-schreibt, liegt seine Hauptaufgabe darin, für sich einen schönen Lohn einzuhaken, dagegen den andern Nebenarbeitern denselben auf eine traurige Art und Weise herabzulohnen. — Das zweite ist dasjenige von Herrn Merjing in Wyl bei Olten. Dieser Meister gibt per Jahr ein schönes Sämmchen für Infrate aus, indem im wesentlichen Arbeiter

von ihm gesucht werden. Diejenigen, welche das Glück haben, von ihm eingestellt zu werden, werden in Folge des kurzen Aufenthaltes weher fett noch mager. Es wäre jedenfalls besser, wenn er das viele Geld, das er für Inzerate ausgibt, beiseite legen würde, um es bei einer sinnvollen Kräfteverwendung zu können. — Das dritte Geschäft ist ein bekanntes, welchem von uns schon früher einige Herzenswünsche zugesandt wurden, die aber leider nicht in Erfüllung gingen. Frau Fritsch in Basel ist eben eine viel zu garstige Frau, als daß sie den gerechten Forderungen der Arbeiter Gehör schenken kann. Der Import der Arbeiter aus den entferntesten Weltgegenden zum Erjaß für die zahlreich abreisenden, scheint bei ihr immer noch Mode zu sein. — Zum Schlusse sehen wir uns veranlaßt, gegen eine neu entstandene Werkstatt mit Klagen aufzutreten. Herr Moser in Menhausen, ein ehemaliges, überfreiges Mitglied unseres Vereins, scheint sich, seit er Meister ist, nicht mehr in die gerechten Forderungen der Arbeiter hineinleben zu können. Der auch von ihm unterkämpfte Lohnstarif scheint ihm jetzt für seine Arbeiter zu hoch bemessen. Auch läßt sein hitziges Temperament ihn nicht dazu kommen, mit den Arbeitern anständig zu verkehren, so daß in Folge der angeführten Uebelstände vor 14 Tagen sämtliche 4 Arbeiter die Werkstatt quittierten. Allen Berufsgeoffenen dies zur Beherzigung. Kollegen! meidet diese Werkstätten, es liegt in unser Aller Interesse.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Da es immer noch vorkommt, daß Postsendungen an uns ungenügend frankirt werden, anderntheils aber in verschiedenen Fällen zu viel Porto bezahlt wird, geben wir nachstehend die für unsere Verwaltungsbeamten besonders zu beachtenden Postvorsätze bekannt:

- 1) Briefe bis 15 Gr. 10, unfrankirt 20 „, von 15—250 „ 20 „ 50 „ Einschreibegebühr 20 „
- 2) Karten, einfache 5 „ mit Antwort 10 „ Schnellpost 3 „
- 3) Kreuzbandsendungen bis 50 Gr. 3 „, von 50—100 „ 5 „, 100—250 „ 10 „, 250—500 „ 20 „, 500—1000 „ 30 „
- 4) Postanweisungen bis 100 M. 20 „, von 100—200 „ 30 „, 200—400 „ 40 „
- 5) Pakete bis zu 5 Kilogr. 50 „

Wir ersuchen die Verwaltungsbeamten dieses genau zu beachten.

Durch verschiedene bürgerliche Zeitungen geht die Nachricht, daß der Kassier des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Mühlheim a. d. Ruhr mit einem Kassirbestand von 600 M. durchgegangen sei. Demgegenüber diene zur Nachricht, daß nicht der Ortskassier unseres Verbandes, sondern der des „Ortsvereins des Hirsch-Duncker'schen Gewerbevereins“ unter Mitnahme obigen Postens das Bette gesucht hat.

Das Mitgliedsbuch Nr. 1903 von Guao Goldacker, Schlosser, geb. 10. Jan. 1873, wird hierdurch für ungültig erklärt.

Der Klempner Oswald Franke, geb. 3. August 1868 zu Hulsbach bei Freiberg i/S. wird auf Antrag der Mitglieder in Freiberg aus dem Verband ausgeschlossen.

Die Helfenunterstützung-Auszahlung werden aufgefordert, das Mitgliedsbuch des Mag. Hubert, Flaschner, Haupt-Nr. 7, anzuhalten und den Inhaber des Buches, einen gewissen Konrad Ebert, wegen Entwendung des Mitgliedsbuches der Polizeibehörde zu übergeben.

Von den nachfolgenden Orten ist der Bezug der Arbeiter der benannten Verufe fern zu halten: Formex von Dinklage in Oldenburg, Böbeln i. S. u. Nürnberg, Zellenhauer von Chemnitz, Hagen, Döhrer i. W. u. Bernsdorf b. Dresden.

Da wir mit dem 15. Juni unser bisheriges Bureau in der Kurzen Straße 3 aufgeben gezwungen waren, bitten wir künftighin alle Sendungen an den Deutschen Metallarbeiter-Verband, Stuttgart, Schlosserstraße 21., zu adressiren. Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21., zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Cyramarken, Kongressprotokolle oder Delegirtensteuer ist. Mit kollegialem Gruß!
Der Vorstand.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. 29) und Zentralkranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter „Vulkan“ (G. S. 39).

Folgende Mitgliedsbücher sind als verlorener gemeldet und werden für ungültig erklärt:

- („Allgemeine“)**
- Nr. 16193. G. Smede, eingetr. 24. Dez. 1890 in Hamburg.
 - 27485. M. Kabe, eingetr. 12. Okt. 1890 in Dresden-Mittstadt.
 - 113. B. Fick, eingetr. 5. Mai 1889 in Wunde.
- („Vulkan“)**
- 11779. Jaf. Müller, eingetr. 26. Okt. 1890 in Kaiserlautern.
 - 4313. Heinrich Schmidt, übergetr. 13. Okt. 1889 in Gerresheim.
 - 14606. Pf. Hödner, eingetr. 24. März 1890 in Saar.
 - 25068. Fr. Weder, eingetr. 27. Jan. 1892 in Schwerte.
 - 25069. G. Weder, eingetr. 27. Jan. 1892 in Schwerte.
 - 7227. G. Wiede, übergetr. 1. Okt. 1889 in Wolfenbüttel.
 - 18019. Jürgen Nishmann, eingetr. 17. Febr. 1890 in Mendenburg.

Ausgeschlossen wurde nach § 5. Abs. 3 al. 1 des Statuts: Oskar Poring, Nr. 20222, und werden die Ortsbeamten auf denselben aufmerksam gemacht.
Der Vorstand.

Ausgeschlossene Mitglieder, deren Aufenthalt nicht zu ermitteln.

- („Allgemeine“)**
- Nr. 3359. Ludwig Wierl.
 - 6046. F. G. Lyskam
 - 6605. Julius Klawitter.
 - 7965. Wilh. Brethack.
 - 2890. Peter Groh.
 - 5331. Jakob Hering.
 - 5703. Franz Witzburg.
 - 8193. Michael Reiner.
 - 7873. G. J. Weithold.
 - 3694. W. Blume.
 - 1801. E. Salzmann.
 - 7610. Math. Gerbl.
 - 7369. Hermann Höfer.
 - 2836. Ludwig Hohl.
 - 6225. Gottlieb Cappelle.
 - 7638. J. Hallseder.
 - 3320. Ludwig Sattes.
 - 8881. Georg Reisinger.
 - 3469. Friedr. Auerbach.
 - 8178. J. Mühl.
 - 2034. Aug. Wittig.
 - 3611. Chr. Bönnau.
 - 458. Friedr. Kirmesler.
 - 4507. Karl Buz.
 - 5199. Karl Leiser.
 - 2437. Johannes Weinhardt.
 - 8973. Joseph Wendel.
 - 6754. R. Wüßler.
 - 3055. J. Münberger.
 - 4523. H. Anspach.
 - 7118. Anton Wscheidl.
 - 7976. Friedrich Kojel.
 - 3989. Leonhard Hanfen.
 - 4729. Wilh. Firnberg.
 - 8065. Peter Groh.
 - 13163. Heinrich Sorger.
 - 12358. Adolf Dobrzanski.
 - 19656. Ludwig Dillmann.
 - 18270. Georg Hering.
 - 13162. M. Heid.
 - 18466. Heinr. Böffler.
 - 10597. S. Bremer.
 - 15603. Otto Krause.
 - 11388. W. Trilassa.
 - 19555. Ludwig Korell.
 - 14785. Friedrich Wän.
 - 13652. K. Wunder.
 - 11770. Otto Weber.
 - 10059. Otto Hollmann.
 - 12950. Heinrich Nolte.
 - 10222. G. J. Wehtel.
 - 12270. J. de Harbe.
 - 27266. Karl Mierke.
 - 26928. Joh. Mägerlein.
 - 28886. Aug. Stegen.
 - 28472. Eduard Tollet.
 - 29362. Wilh. Kühne.
 - 27751. Georg Sicht.
 - 25947. Oskar Gsch.
 - 23536. Georg Weinhardt.
 - 22894. Karl Korell.
 - 24719. Aug. Paul.
 - 24004. Albert Peters.
 - 35489. Karl Lind.
 - 26293. Reinhard König.
 - 28816. Otto Röttgen.
 - 31963. Friedr. Kroll.
 - 25968. Eduard Löber.
 - 27554. Max Gabler.
 - 27493. Wilh. Hartig.
 - 34016. Hermann Richter.
 - 22807. Ludw. Reichardt.
 - 33333. Paul Diejenbach.
 - 23860. Karl Walter.
 - 24800. Anton Schaber.

- Nr. 28569. Johann Elbernagel.
- 33752. Aug. Nummer.
- 31001. Detlef Müller.
- 30993. Lars Peter Nielsen.
- 28588. Albert Schulz.
- 28570. Aug. Thoms.
- 28756. Fern. Duabe.
- 32263. Paul Wolkenberg.
- 29180. Wilh. Laake.
- 28212. Johann Konrad.
- 28225. Ferd. Emil Lange.
- 27141. Georg Scheller.
- 35886. Karl Zelller.
- 29160. Otto Markmann.
- 29587. Otto Körtterich.
- 29292. Rudolf Körtterich.
- 23576. Joseph Schwab.
- 28686. Gottlieb Fischer.
- 36488. Reinhold Brode.
- 33012. Ernst Busch.
- 33001. Friedr. Wroffe.
- 20099. Friedr. Hartmann.
- 20079. Heinrich Daum.
- 23373. Wilh. Vormfelde.
- 28843. Johann Müller.
- 34650. Wilhelm Gläser.
- 36789. Albin Dietrich.
- 22799. Konst. Kirchmann.
- 28062. Hermann Haupt.
- 35169. Lin Hilten.
- 35172. Paul Hindemeyer.
- 35163. Peter Hansen.
- 35164. Wilh. Stein.
- 35167. Karl Becker.
- 30862. Johann Hildemann.
- 30852. Wilhelm Walz.
- 27866. Konrad Bod.
- 23315. Gust. Bergmann.
- 22110. Adau Feins.
- 27167. Gb. Boguslawski.
- 25419. Ernst Van.
- 22185. Otto Müller.
- 28055. Friedr. Böck.
- 25409. Friedr. Tröschner.
- 29766. Karl Meier.
- 25214. J. Hagstolz.
- 30920. H. Zimmermann.
- 30917. Ignaz Abend.
- 30934. W. Siebler.
- 33134. F. Aug.
- 33097. F. Bub.
- 33125. J. Huber.
- 33124. Fr. Fühler.
- 36504. K. Meichert.
- 25315. J. Scholl.
- 25332. Th. Knobloch.
- 33494. Wilh. Bohn.
- 22699. Jos. Hörmann.
- 27293. Hermann Walter.
- 33490. Herm. Lubberich.
- 31889. Jakob Stig.
- 26584. Georg Wien.
- 24562. Karl Claus.
- 31629. Aug. Wauer.
- 31626. Wilh. Albany.
- 31614. G. Erdmannsdorfer.
- 33955. Otto Hannemann.
- 33058. Johann Bayer.
- 38063. Georg Buz.
- 38094. Konrad Brütting.
- 38120. Julius Pfandt.
- 27010. Albrecht Wallenberg.
- 28207. Joh. G. Kirck.
- 28244. Karl Sichelstiel.
- 28268. Johann Sauer.
- 29911. Johann Bauer.
- 29115. Abraham Fell.
- 30626. Jos. Dellbeck.
- 37019. Gerhard Tanzmann.
- 15744. Gumbke.
- 37010. Jakob Schug II.
- 27000. Karl Hoffmann.
- 31762. Heinrich Niederhoff.
- 31766. Louis Dumont.
- 36875. Joseph Müller.
- 29178. Imhof.
- 33764. Eugen Matthias.
- 35106. Friedrich Stender.
- 28498. Rudolf Jonas.
- 32529. Viktor Heinz.
- 39381. Aug. Deype.
- 35210. Aug. Westmann.
- 25104. Georg Laudenbacher.
- 20792. Eberhard Ries.
- 24287. Karl Nübiger.
- 24982. Joh. Baptist Mapp.
- 23317. Jakob Kunz.
- 23244. Heinrich Schmidt.
- 24507. Joh. Rißler.
- 32970. Gottfried Reinark.
- 27283. Chr. Laufenberg.
- 39410. Friedr. Leuschner.
- 17459. Adam Graf.
- 16624. C. Rosenbrock.
- 13945. Karl Leuninger.
- 18102. August Dahl.
- 15746. Heinrich Schöder.

Gerichts-Zeitung.

Sächsischer Bourgeois-Juziz. Das Freiburger Geschworenengericht verurtheilte den Klempner F. D. Uhlig zu 1 Jahr 5 Monaten und den Formex W. E. Mühlberg zu 1 Jahr Gefängniß, sowie zur Tragung sämtlicher Kosten wegen folgender Ursache. Im Mai d. J. striffen die Formex

ber Maschinenfabrik von Franz Ludwig Richter in Döbeln. Die Streckenden stellten Posten am Bahnhof aus, nur zureichende Formex zu überleben, nicht in die leeren Stellen einzutreten. Hierbei sind Anfälle und Tumulte vorgekommen, die Polizei machte sich hinein, sie wurde von den aufgeregten Arbeitern zum Theil thätlich angegriffen und nahm in Folge dessen eine Anzahl von Verhaftungen vor. Die beiden Verurtheilten sind die am schwersten Verlasteten. Die Geschworenen bejahten bei Uhlig die Fragen auf Wahrung des politischen Befehls, sich zu entfernen, gewaltamen Widerstand, Zusammenrottung, und verneinten die Frage nach milderen Umständen; bezüglich Mühlberg wurde nur die Frage nach gewaltamen Widerstand bejaht und ihm wurden dabei mildere Umstände zugewilligt. Etwa zwanzig an den Vorfällen Theilhabende hatten noch ihrer Aburtheilung durch die Strafkammer.

Ein für alle Arbeiter bedeutsamer Urtheil, welches die weiteste Verbreitung verdient, hat jüngst das Gewerbegericht in Mainz gefällt: Der Klage lag folgender Thatbestand zu Grunde: Gegen einen Druckereibesitzer hatte ein Schriftsetzer eine Klage angehängt auf Zahlung von M. 46 Lohnschädigung wegen Entlassung ohne Kündigung. Der Beklagte gab die kündigungslose Entlassung zu, bestritt jedoch, zu einer Entschädigung verpflichtet zu sein. Er beschäftigte nämlich in seinem Geschäft prinzipiell keine Gehilfen, welche dem Unterstützungsverein deutscher Buchdrucker angehören. Er habe dies auch dem Kläger beim Engagement mitgetheilt, worauf derselbe erklärt habe, er sei nicht Mitglied des Vereins, nur in dieser Voraussetzung habe er ihn engagirt. Bei Einführung einer neuen Arbeitsordnung jedoch, in welcher obiger Vorbehalt Aufnahme gefunden, und in welcher die eventuelle Mitgliedschaft mit sofortiger Entlassung bedroht sei, habe der Kläger seine Unterthätigkeit verworlet, indem er eingestand, dem Unterstützungsverein als Mitglied anzugehören; hierauf sei seine sofortige Entlassung erfolgt. Der Kläger gab unumwunden zu, Mitglied des Verbandes zu sein, und auch, daß er bei Eintritt in das Geschäft bereits Mitglied war, gab auch zu, daß er von der Ursprünglichkeit des Geschäfts, Verbandsmitglieder nicht zu beschäftigen, unterrichtet worden sei und auf Befragen seine Mitgliedschaft verleugnet habe, er bestritt aber ganz entschieden, daß ihm für solchen Fall die sofortige Entlassung angedroht worden sei. Seine Entlassung ohne Kündigung dürfe deshalb nicht erfolgen, weil durch sein Verhalten nach den Bestimmungen der Gewerbeordnung kein Grund zur sofortigen Entlassung vorliege. Das Gericht, welches die Urtheilsverfändigung auf acht Tage aussetzte, hat nunmehr entschieden, daß der beklagte Buchdruckereibesitzer dem klagenden Schriftsetzer die geforderte Entschädigung zu zahlen habe. Das Urtheil stützt sich auf folgende Gründe: Die Ablehnung des Klägers, daß er Mitglied des Unterstützungsvereins sei, könne an sich einen Grund zu sofortiger Entlassung bilden, weil die in Abrede gestellte Thatsache als rein äußerlicher Natur auf das Arbeitsverhältniß einen Einfluß nicht ausüben konnte (in der That hatte dasselbe 3/4 Monate ohne Störung bestanden); auch die Thätigkeit und Leistung des Klägers konnte durch seine Mitgliedschaft ebensowenig beeinflusst werden, wie die Leistungen des Beklagten an die Leistungen des Klägers. Selbst dann, wenn die unwahre Angabe des Klägers einen Grund zu sofortiger Entlassung hätte bilden können, so mußte dies im Voraus vereinbart werden und die Einstellung in die Arbeit nur unter dem ausdrücklichen Vorbehalt erfolgen, daß die sofortige Entlassung eintreten würde, sobald sich seine Eigenschaft als Vereinsmitglied herausstelle. Da eine derartige Vereinbarung weder behauptet noch zu beweisen sei, so habe die kündigungslose Entlassung des Klägers als zu Unrecht erfolgt angesehen werden müssen.

Vermischtes.

Etwas vom Stil. In dem Jahresbericht der Vertheilung der Kaufmannschaft findet sich im Anschluß an die Mittheilungen über die Berliner Bronze-Industrie ein Stoßseufzer über die schnellen Wandlungen, welche der Stil erleide. Nachdem sich das Rokoko eine Weile gehalten, ohne jedoch tiefere Wurzeln zu schlagen, steuerte man jetzt in das Empire hinein. Die Bemerkung, welche hier von sachverständiger Seite gemacht ist, erscheint durchaus zutreffend und muß Veranlassung geben, sich eingehender mit dieser eigenartigen Erschelung, die man als Stiljagd bezeichnen kann, zu befassen. Deutsche und italienische Renaissance, Barock, Rokoko, Jopf und schließlich hinein in das Empire — das ist der Weg, der in der kurzen Zeit von zwei Jahrzehnten gleichsam ohne Mühe und Last zurückgelegt ist. Gründe für diese Erschelung sind leicht zu finden,

